Nummer 16 Hannover, 19. April 1913 22. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Zusammenschluß der Scharfmacherzentralen.

Der 5. April des Jahres 1913 wird ein beachtliches Datum in der Geschichte der Wirtschaftskämpfe in Deutschland sein. Zwar ist an diesem Tage weder ein großer Kampf beschlossen, begonnen oder beendet worden, aber er hat ein Ergebnis gezeitigt, das auf den Verlauf und Ausgang aller kommenden großen Arbeiterkämpfe nicht ohne Einfluß sein dürfte. An diesem Tage ist nämlich die Vereinigung der beiden Zentralen der Unternehmerverbände, der „Hauptstelle" und dem „Verein" Deutscher Arbeitgeberverbände erfolgt. Als „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" wurde die neue, einheitliche zentrale Zusammenfassung der Scharfmacherorganisationen der Oeffentlichkeit vorgestellt. Erster Vorsitzender der Vereinigung wurde Fabrikbesitzer Garvens, Hannover, zweiter Landrat Dr. Röttiger, und Geschäftsführer Syndikus Dr. Tänzler. Das sind alles alte, wenn auch nichts weniger als gute Bekannte.

Es ist nötig, an dieser Stelle über die Gründe und Ziele dieser Verschmelzung einiges zu sagen. Vorausgeschickt seien einige Bemerkungen über die Geschichte der beiden nunmehr vereinten Zentralen.

Es ist bekannt, daß die Unternehmer nicht, wie die Arbeiter, einheitlich gerichtete Interessen haben und vertreten. Sie stehen sich nicht nur auf dem Wirtschaftsmarkt als Konkurrenten gegenüber, sondern auch als Groß- und Kleinfabrikanten, als Lieferanten und Abnehmer, als Schutzzoll- und Freihandelsinteressenten usw.

Der Kampf um den Absatzmarkt spielt sich oft in Formen ab, gegen die der Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern eine brüderliche Einigung ist; die Jagd der Großen auf die Kleinen wird vielfach mit großem Eifer und noch mehr Erfolg betrieben und die verzweifelte Gegenwehr der kleinen Unternehmer gegen die Umklammerung und Unterdrückung durch die Riesenbetriebe ist zuweilen ein Stück Tragik, das Dichter zu dramatischer Verwertung dieses Kampfes anspornen könnte. Heftig prallen auch die Gegensätze zwischen der roh- und halbstoffliefernden Schwerindustrie und der verarbeitenden Industrie aufeinander. Jede Erhöhung der Kohlenpreise durch die Zechenkönige trifft die kohlenverbrauchende Industrie schwer, jede Preiserhöhung des Roheisensyndikats, des Stahlwerksverbandes bringt die Eisen und Stahl verarbeitende Industrie in Schwierigkeiten. Hinzu kommt noch der Gegensatz zwischen „reinen" und „gemischten" Werken, d. h. Werken, die entweder nur Rohstoffe oder nur Fertigfabrikate oder beides herstellen. So ist in den Kreisen der Papierfabrikanten wiederholt scharfe Klage geführt worden über die Zellstoffabriken, die zugleich Papier selbst anfertigen.

Auch in Schutzzöllner und Freihändler scheiden sich die Unternehmer. Die auf den Export in das Ausland angewiesenen wollen offene Grenzen, also Zollfreiheit, die von ausländischer Konkurrenz bedrohten streben nach Zollmauern, um im Inlande die Preise hochhalten zu können.

Es sind also vielfache und vielseitige, wirtschaftliche, wirtschaftspolitische und auch rein politische Interessen, die die Unternehmer scheiden und eine einheitliche Zusammenfassung der Unternehmerorganisationen verhindern. Ihren äußeren Ausdruck fand und finden diese Interessengegensätze in der weitgehenden Differenzierung und Schachtelung der Unternehmerorganisationen. Berufliche und regionale, zentralisierte und selbständige Vereinigungen laufen neben- und durcheinander, und die endliche Zusammenfassung der Zentralisierten erfolgt nicht in eine, sondern in zwei Zentralen: den „Zentralverband" und den „Bund" der Industriellen.

Der Zentralverband ist der ältere. Er wurde schon 1876 gegründet. Seine Mitglieder rekrutieren sich in der Hauptsache aus den Kreisen der Schwerindustrie, der Kohlen- und Eisenkönige. Sein Programm ist schutzzöllnerisch und scharfmacherisch. Er wird schon gekennzeichnet durch die Namen Stumm und Bueck. Der letztere erklärte schon im Mai 1890, also zu einer Zeit, wo das Sozialistengesetz noch bestand, von einer freien Arbeiterbewegung also noch gar keine Rede war, die Arbeiterbewegung verfolge nur den Zweck, die Intelligenz und das Kapital unter den Willen der Arbeitermassen zu beugen und den Arbeitgebern das Joch der Sozialdemokratie aufzuzwingen. Eine organisierte Interessenvertretung der Arbeiter sei durchaus abzulehnen; an eine Versöhnung mit den Arbeitern sei nicht zu denken. Diesen Standpunkt hat der Zentralverband bis heute beibehalten. Die ärgsten Hasser der Arbeiterbewegung, die wütendsten Feinde des aufstrebenden Volkes finden wir in den Reihen dieser Organisation.

Der Zentralverband konnte sein Programm, die Industrie zu sammeln, nicht verwirklichen. Die verarbeitende Industrie war weder mit der Preispolitik der im Zentralverband führenden Unternehmergruppen, noch mit der Zollpolitik des Zentralverbandes selbst einverstanden. Sie gründete deshalb im November 1895 eine zweite Zentrale in dem Bund der Industriellen. Ueber Programm und Praxis beider Zentralen kann in diesem Zusammenhang nicht mehr gesagt werden, als sich aus den Andeutungen über die Interessengegensätze der Unternehmer ergibt. Bemerkt sei jedoch, daß beide Zentralen die allgemeine Interessenvertretung der Unternehmer sich zum Zweck setzten, also die sogenannten „wirtschaftlichen" Vereinigungen der Unternehmer, nicht aber die speziell gegen die Arbeiterorganisationen gegründeten Arbeitgeberverbände zentralisierten.

Um die Jahrhundertwende stellte sich bei den Unternehmern das „dringende Bedürfnis" heraus, nun auch die Arbeitgeberverbände zu zentralisieren. In Hamburg wurde 1900 für eine Vereinigung der Industriellen Deutschlands als Zentrale der Arbeitgeberverbände und der Arbeitsnachweise agitiert, aber ohne direkten Erfolg. Dann kam 1903 der Krimmitschauer Streik, in dem die Unternehmer beim Zentralverband der Industriellen Geld schnorrten und erhielten. Unter Berufung auf diesen Streik beschloß der Zentralverband im Januar 1904 — also noch vor Beendigung des Kampfes — die Gründung einer Zentralstelle der Arbeitgeberverbände „zur Bekämpfung unberechtigter Bestrebungen der Arbeiter". Diese Gründung erhielt den Namen „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände". Sie war formell selbständig, tatsächlich jedoch in hohem Maße vom Zentralverband abhängig.

Diese Abhängigkeit der Hauptstelle vom Zentralverband veranlaßte die dem „Bund" nahestehenden Unternehmerverbände zu einer Gegengründung. Noch im Mai des Jahres 1904 wurde der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände" gegründet, der zum Bund der Industriellen ungefähr in demselben Verhältnis stand wie die Hauptstelle zum Zentralverband.

Waren somit die wirtschaftlichen und politischen Interessengegensätze auch bei Gründung der beiden Zentralen der Arbeitgeberverbände wirksam, so doch lange nicht in dem Maße wie bei den beiden „wirtschaftlichen" Zentralen. Während Zentralverband und Bund sich wiederholt bitter befehdet haben, wurde zwischen Hauptstelle und Verein schon bald nach der Gründung ein Kartell geschlossen, das zwar manchmal aus dem Leim zu gehen drohte, schließlich aber doch gehalten und endlich zur Verschmelzung beider Zentralen geführt hat. Das ist nicht verwunderlich. Die Zentralen der Arbeitgeberverbände beschränken sich auf den Kampf gegen die Arbeiter und bei diesem Kampf kommen die sonstigen Interessengegensätze der Unternehmer wenig oder gar nicht zum Austrag. Da ist es viel leichter, eine geschlossene Front zusammen zu bringen.

Ueber die Stärke der beiden Zentralen unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Organisationsgruppe	Reichs-	Landes- und Bezirks-verbände	Orts-	Zahl der Arbeitgeber-mitglieder	Zahl der beschäftigten Arbeiter
Verein deutscher Arbeitgeberverbände	16	14	21	50 000	1 300 000
Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände	13	13	9	6 664	1 092 789
Zusammen	29	27	30	56 664	2 392 789

Die Tatsache, daß der „Verein" zwar achtmal soviel Unternehmer als Mitglieder, aber nur wenig mehr beschäftigte Arbeiter zählt, zeigt, daß er sich mehr auf kleine und Mittelbetriebe erstreckt, im Gegensatz zur Hauptstelle, die meist Großbetriebe umfaßt.

Der Hauptgrund der jetzigen Verschmelzung liegt in der machtvollen äußeren Entwicklung und inneren Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Schon Ende 1910, als der Scharfmacher Bueck in der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes seine resignierte Abschiedsrede hielt, in der er gestand: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeitgeberschaft gegenüber nicht bestehen können; diese Ansicht habe ich heute nicht mehr", und die in der Aufforderung gipfelte, „mit unerschütterlichem Willen die Gewerkschaften zu vernichten und niederzuschlagen", wurde neben der Förderung gelber Gründungen und der Vorarbeit für Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften, die einheitliche Zusammenfassung der Arbeitgeberverbände als dringend notwendig gefordert. Seitdem sind denn auch die Verschmelzungsbestrebungen eifrigst und, wie man sieht, auch erfolgreich betrieben worden.

Mit dieser Ursache ist auch der Zweck der Verschmelzung klargelegt: der Kampf gegen die Gewerkschaften soll noch energischer als seither — wenn das überhaupt möglich ist — geführt werden. Frohlockend erklärt denn auch das Leiborgan der Scharfmacher, die „Post": „Mit dieser Zusammenlegung wird der Schlußstein in der Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt ... Dadurch werden die Abwehrbestrebungen der deutschen Arbeitgeberverbände auf eine einheitliche Grundlage gebracht." Der Jubel mag begreiflich erscheinen, aber er ist verfrüht. Zunächst steht noch ein erheblicher Teil der Unternehmer außerhalb jeder Arbeitgeberorganisation und ein großer Teil der Arbeitgeberverbände außerhalb der neuen Zentralisation. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß die Verschmelzung Meinungsverschiedenheiten im Lager der Unternehmer heraufbeschwört, die das Wort vom Schlußstein derb korrigieren. Aber selbst wenn der neue Bund hält und die Hoffnung der Scharfmacher erfüllt, so ist das für die Gewerkschaften nicht mehr als eine Mahnung und eine Warnung. Eine Mahnung zu immer strafferem Ausbau der Organisationen, eine Warnung vor Zersplitterung und Eigenbrödelei. An einer fest geschlossenen, gut gerüsteten Arbeiterschaft wird der konzentrierte Angriff der Scharfmacher auch in Zukunft abprallen. Die Christlichen, Hirsch-Dunckerschen und alle andern Eigenbrödler und Sonderbündler aber sollten sich das Vorgehen der Scharfmacher zum Muster nehmen und sich einmal überlegen, daß und wie sie mit ihrer Arbeiterzersplitterung die Interessen der Arbeiter schädigen und die Geschäfte der Scharfmacher besorgen.

Lohnbewegungen, Streiks und Tarifverträge im Jahre 1912.

II.

Die Gesamtzahl der Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912 ist gegen das Jahr 1911 ein wenig zurückgegangen. Auch die Zahl der beteiligten Personen weist einen Rückgang auf. Es waren 1912 an 158 Streiks und Aussperrungen 13564 Personen beteiligt, im Jahre 1911 an 183 Streiks und Aussperrungen 18 198 Personen. Auch die Zahl der Betriebe, in denen es zum Kampfe kam, ist von 309 im Jahre 1911 auf 254 in 1912 gesunken. Eine Erklärung für diese Erscheinung kann man in dem Bestreben der Unternehmer suchen, in der Ausnutzung der Konjunktur möglichst wenig durch Konflikte mit der Arbeiterschaft geschädigt zu werden und weiter dürfte der wachsende Einfluß des Verbandes, dem es gelang, die Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen ohne Kämpfe durchzusetzen, hierin mit zum Ausdruck kommen. Die nachfolgende Zusammenstellung ermöglicht eine Uebersicht über Anzahl der Streiks und Aussperrungen, der in den Kampf einbezogenen Betriebe und der beteiligten Personen.

	Anzahl		Betriebe		Beteiligte Personen	
	1911	1912	1911	1912	1911	1912
Angriffsstreiks	113	94	218	144	10 552	8 640
Abwehrstreiks	44	40	45	44	2 469	1 375
Aussperrungen	26	24	46	66	5 177	3 549
Summa	183	158	309	254	18 198	13 564

Gestiegen ist im Jahre 1912 hiernach nur die Zahl der Betriebe bei Aussperrungen. Das besagt, daß im Jahre 1912 eine größere Zahl kleinerer Betriebe aussperrten als im Jahre zuvor. Es entfielen auf eine Aussperrung im Durchschnitt im Jahre 1911 113 und im Jahre 1912 nur 54 Beteiligte. Angriffsstreiks hatten wir 94 im Jahre 1912 gegen 113 im Jahre vorher, also 19 weniger, während die Zahl der Abwehrstreiks und Aussperrungen zusammen mit 64 im Jahre 1912 gegen 70 in 1911 nur ein Minus von 6 aufweist. Aus der Tatsache des Rückganges der Angriffsstreiks um 19 und der Abwehrbewegungen und Aussperrungen um nur 6 könnte man auf eine vermehrte Angriffslust der Unternehmer und auf einen rückläufigen Einfluß des Verbandes auf die Arbeitsbedingungen gegenüber den kräftig sich entwickelten Untenehmerorganisationen schließen. Eine derartige Folgerung ist nicht berechtigt. Wohl haben gerade in unserm Verbandsgebiet die Unternehmerorganisationen das menschenmöglichste in der Bekämpfung der Organisation geleistet, das hat aber unsern Vormarsch so wenig gehindert, wie unserm Einfluß Abbruch getan. Der größere Rückgang der Angriffsstreiks ist neben der vermehrten Erledigung der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung zurückzuführen auf das Bestreben der Verbandsorgane, die Chancen vor einer offenen Kriegserklärung noch genauer abzuwägen als bisher schon und Fehlschläge nach Möglichkeit zu vermeiden. Daß nach dieser Richtung mit Erfolg gearbeitet wurde und die Organisation an Wirksamkeit nichts eingebüßt, sondern gewonnen hat, dürften auch nachfolgende Zahlen ergeben:

	Es hatten vollen oder teilweisen Erfolg				Es endeten ohne Erfolg			
	1911		1912		1911		1912	
	überhaupt	in %	überhaupt	in %	überhaupt	in %	überhaupt	in %
Angriffsstreiks	88	78	76	81	23	22	18	19
Abwehrstreiks	29	66	34	85	11	34	6	15
Aussperrungen	21	80	17	71	2	20	5	29

Prozentual ist die Zahl der erfolgreichen Angriff- und Abwehrstreiks im Jahre 1912 größer als im Jahre zuvor. Gesunken ist die prozentuale Erfolgziffer bei den Aussperrungen. Wir sind über den Ausgang von zwei Aussperrungen nicht unterrichtet worden und haben sie deshalb unter die erfolgreichen gezählt. Kämen diese 2 Aussperrungen unter die ganz oder teilweise erfolgreichen, würde die Prozentziffer der Erfolge bei Aussperrungen für 1911 und 1912 fast gleich sein.

Ueber die Ergebnisse der Angriffsstreiks, Abwehrstreiks und Aussperrungen gibt die folgende Aufstellung Auskunft:

	Zahl der beteiligten Personen	Davon gehörten dem Verbande an	Es wurde erreicht: Arbeitszeitverkürzung Stunden pr. Woche: für Beteiligte	für den einzelnen im Durchschnitt	zusammen	Lohnerhöhung Mark pro Woche: für Beteiligte	für den einzelnen im Durchschnitt	zusammen	Die Kosten betrugen Mark
Angriffsstreiks	8640	7476	1095	2⅓	2600	4152	1,63	6772	404807
Abwehrstreiks	1375	1187	45	¾	35	231	1,76	406	40526
Aussperrungen	3549	3265	1029	2	2136	1760	1,81	3177	252371
Summe	13564	11928	2169	2⅕	4771	6143	1,69	10355	697704

Die Resultate der Abwehrkämpfe zur Verhinderung von Verschlechterungen sind fortgelassen. Die Tabelle zeigt wiederum, was bereits im Vorjahre vermerkt wurde, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in erheblichem Umfange durch die Aussperrungen er-

rungen ward. In bezug auf Arbeitszeitverkürzung bleiben die erreichten Gesamterfolge bei den Streiks und Aussperrungen hinter denen des Jahres 1911 zurück, bei den Lohnerhöhungen wird die Ziffer des Jahres 1911 fast erreicht, auf den Kopf der Beteiligten berechnet sogar überschritten.

Die Kosten der Streiks und Aussperrungen sind 1912 um rund 326 000 Mark geringer als im vorhergehenden Jahre. Für Angriffstreiks wurden rund 223 000 Mark, für Abwehrstreiks 74 000 Mark und für Aussperrungen 29 000 Mark weniger ausgegeben.

Die Gesamterfolge des Verbandes im Jahre 1912 bei Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, Angriff- und Abwehrstreiks und Aussperrungen beziffern sich wie folgt:

Von 601 insgesamt geführten Bewegungen verliefen 505 erfolgreich und 57 mit teilweisem Erfolge, zusammen 562 Bewegungen mit 59 643 Beteiligten. Erfolglos verliefen 37 Bewegungen mit 2827 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 2 Bewegungen für 2723 Beteiligte.

Erreicht wurde insgesamt:

Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 15 661 Personen von 44 681 Stunden die Woche, eine Lohnerhöhung für 45 605 Personen von 79 584 Mark die Woche.

Lohnkürzungen wurden abgewehrt für 1067 Personen von zusammen 2372 Mark die Woche.

Im ganzen betrachtet, können wir mit dem Resultat des Jahres 1912 einigermaßen zufrieden sein. Das laufende Jahr wird, soweit eine Uebersicht bis jetzt möglich ist, in bezug auf Zahl der Bewegungen seine Vorgänger übertreffen. Die unsichere politische Lage, die Verhältnisse des Geldmarktes und andre Momente, die seit einiger Zeit auf die Industrie ungünstig einwirken, dürften allerdings auch auf den Ausgang der Lohnkämpfe nicht ohne Einfluß bleiben. Hierauf wird bei Einleitung von Bewegungen die nötige Rücksicht zu nehmen sein.

*

Die Zahl der im Verbandsgebiet abgeschlossenen Tarifverträge hat im Jahre 1912 eine nennenswerte Vermehrung erfahren. Im vorigen Jahr berichteten wir über einen Bestand von 293 Verträgen am 1. Januar 1912. Durch eine abweichende Zählmethode hat das Statistische Amt als Bestand am 1. Januar 1912 301 Tarifverträge, die 29 850 Beschäftigte in 489 Betrieben umfaßten, registriert. Wir legen in den folgenden Aufstellungen die amtlichen Zahlen zugrunde. Am 1. Januar 1913 waren durch 369 Verträge in 611 Betrieben mit 35 425 Beschäftigten die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Demnach stieg die Zahl der Tarifverträge um 68, der Betriebe um 122 und der unter tariflichen Bestimmungen Beschäftigten um 5575. Ein Bild über die Tarifbewegung gibt folgende Tabelle:

	Tarife	Anzahl der Betriebe	Beschäftigte
Am 1. Januar 1912 bestanden	301	489	29 850
Durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen erledigten sich	112	200	14 608
Davon wurden erneuert oder verlängert	57	130	9 990
Neu abgeschlossen wurden	123	192	10 193
Bestand am 1. Januar 1913	369	611	35 425

Die auf einen Vertrag und Betrieb entfallende Arbeiterzahl ist, wie schon in den letzten Jahren, auch im Jahre 1912 weiter zurückgegangen. Es kamen Beschäftigte

	1909	1910	1911	1912
auf einen Vertrag	142	119	107	96
auf einen vertraglich geregelten Betrieb	90	63	63	58

Es sind auch 1912 wiederum hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebe, die einem Vertragsverhältnis zugänglich waren. Bei dem bekannten tariffeindlichen Standpunkt eines Teils unsrer Großunternehmer ist dieses nicht weiter verwunderlich.

Wie sich die Tarifverträge auf die einzelnen Industrien verteilen und welche Aenderungen eingetreten sind, weist folgende Aufstellung über die Jahre 1911 und 1912 nach:

Industrie	Verträge 1911	Verträge 1912	Betriebe 1911	Betriebe 1912	Beschäftigte 1911	Beschäftigte 1912
Chemische Industrie	105	118	109	124	8664	9288
Ziegeleien, Zement- und Tonwarenfabriken	80	96	175	220	6745	7386
Papier- und Zellstoffabriken	20	17	20	19	4410	3826
Nahrungsmittelindustrie	36	48	72	83	6338	9330
Sonstige Betriebe	60	90	112	165	3693	5595

Mit Ausnahme der Papierindustrie ist in allen Gruppen eine nicht unwesentliche Zunahme der Verträge, der vertraglich geregelten Betriebe und der in diesen beschäftigten Personen zu verzeichnen. In der Papierindustrie sind einige abgelaufene Verträge nicht wieder erneuert worden, deshalb der geringe Rückgang. In diesem Jahre zuerst haben wir in sämtlichen Gruppen — auch in der Papierindustrie — Tarifverträge, die mehr als einen Betrieb umfassen.

Von großer Wichtigkeit ist die Zahl der auf einen Vertrag entfallenden bzw. in einem tariflich geregelten Betriebe beschäftigten Personen. Darüber gibt die folgende Tabelle Aufschluß.

Es kamen Beschäftigte *)

Industrie	Auf einen Vertrag 1911	Auf einen Vertrag 1912	Auf einen vertraglich geregelten Betrieb 1911	Auf einen vertraglich geregelten Betrieb 1912
Chemische Industrie	83	79	73	75
Ziegeleien, Zement- und Tonwarenfabriken	84	77	39	34
Papier- und Zellstoffabriken	220	225	220	201
Nahrungsmittel-Industrie	177	194	87	112
Sonstige Betriebe	63	61	33	34

Die Zahl der auf einen Tarifvertrag entfallenden und in einem tariflich geregelten Betriebe Beschäftigten ist in den einzelnen Gruppen sehr verschieden. Geringer geworden ist die Zahl der auf einen Vertrag entfallenden Beschäftigten in der chemischen Industrie, den Ziegeleien, Zement- und Tonwarenfabriken und den sonstigen Betrieben. Gestiegen ist sie in den Papier- und Zellstoffabriken und der Nahrungsmittel-Industrie.

*) Die Zahlen dieser und der vorhergehenden Tabelle weisen infolge Zugrundelegung der amtlichen Zahlen für 1911 gegenüber den seinerzeit im „Proletarier" veröffentlichten einige Abweichungen auf.

Die auf einen tariflich geregelten Betrieb kommende Zahl der Beschäftigten ist nur in der Nahrungsmittel-Industrie und in den sonstigen Betrieben eine höhere geworden.

Von den 180 im Jahre 1912 in Kraft getretenen Tarifverträgen wurden 137 durch Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen. Dieselben umfaßten 208 Betriebe und 17 135 beschäftigte Personen. In 43 Fällen kam nach einem Streik oder einer Aussperrung ein Tarifvertrag zustande. Diese 43 Verträge umfaßten 114 Betriebe mit 3048 Beschäftigten.

Die Festlegung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge hat nach der gegebenen Uebersicht auch im Jahre 1912 einen ganz wesentlichen Fortschritt aufzuweisen. Es wird Aufgabe aller Funktionäre und Mitglieder sein, die Erfolge für das laufende Jahr zu noch besseren zu gestalten. Das ist möglich durch unermüdlichen energischen Ausbau der Organisation und eingehendste Berücksichtigung aller für eine Lohnbewegung in Betracht kommenden Umstände.

St.

Aus dem Reichstage.

Mars regiert die Stunde! Seit Montag, dem 7. April, sind die Nebelschwaden gewichen, das deutsche Volk sieht nun klar, wohin die alldeutsche und asterpatriotische Aufpeitschung des Wettrüstens führt. Der Reichskanzler begründete die Militärvorlage, nach welcher jährlich rund 68000 Mann mehr für das Kriegshandwerk neu einexerziert werden sollen. Der Kanzler meinte, es würden jährlich rund 280 000 Rekruten in Deutschland eingestellt, die militärtaugliche junge Mannschaft sei aber so stark, daß 60 000 Mann mehr eingestellt werden könnten. Verzicht auf diese Einstellung sei ein Luxus, den sich Deutschland nicht mehr länger gestatten könne. Sollte dem Reiche jetzt ein Krieg aufgenötigt werden, so könnten und würden wir ihn schlagen im sicheren Vertrauen auf die Tüchtigkeit unsres Heeres. Aber wer bürge für die Zukunft? Soweit menschliche Voraussicht reiche, würde k.. europäischer Krieg entbrennen, in dem Deutschland nicht verwickelt sein würde. Dann hätte Deutschland um seine Existenz zu kämpfen. Wer wolle die Verantwortung tragen, daß wir bei einem Ringen auf Leben und Tod nicht so stark sind, wie wir stark sein könnten? Die hier an die Wand gemalten Gefahren sieht der Kanzler in den geographischen Veränderungen auf dem Balkan. Die von den slawischen Stämmen errungenen Waffenerfolge hätten zu einer Stärkung des Groß-Slaventums geführt. Slaventum und Germanentum seien politische Machtfaktoren, die zukünftig um ihre Chancen zu ringen hätten. Dazu komme die Stärkung des Revanchegedankens in Frankreich durch eine in neuerer Zeit erstandene Literatur. Die deutschen Beziehungen zu Rußland und Frankreich schilderte der Kanzler als gut, ebenso jene zu England, mit dem man zu einer Verständigung im Rüsten kommen will, sobald es Vorschläge unterbreite. — So leben wir eigentlich im dichsten Frieden! Trotzdem macht die Reichsverwaltung sich zu einem erneuten Anlauf im Rüsten bereit; zum dritten Male seit dem Jahre 1911. Erst waren es 11 000, dann 29 000 Mann. Immer hieß es, die geforderte Vermehrung werde allen Ansprüchen gerecht. Die Anforderungen des Militarismus sind im gleichen Maße und im gleichen Tempo gewachsen, wie die bürgerlichen Parteien im Widerstande erlahmt sind. Der Panslawismus im Osten besteht, von Rußland abgesehen, in Ländern, die durch die Kriegsfurie finanziell, wirtschaftlich und physisch erschöpft sind und außerdem nach Beendigung des Balkankrieges ob der Beuteverteilung sich sehr leicht selbst in die Wolle fahren können. Der für die Rüstung angeführte französische Chauvinismus ist nicht toller als der deutsche. Er findet dort wie hier seinen Bremsblock in der Arbeiterbewegung, die von der Völkerverhetzung nichts wissen will, in den Rüstungen den stärksten Antrieb zu der Völkerverhetzung und Entzweiung erblickt. — Weder der Reichskanzler noch der Kriegsminister waren in der Verteidigung der Wehrvorlage, die Millionen über Millionen einmaliger und dauernder Ausgaben erfordert, besonders stark. Anerkannt muß werden, daß der Reichskanzler immer und immer wieder dem Willen zur friedlichen Politik Ausdruck gab. Wird aber dieser Wille standhalten gegenüber den Einflüssen des Wehrvereins, der Alldeutschen, der Armeelieferanten? Und wie lange wird Herr v. Bethmann noch Kanzler sein?

Erster Redner aus dem Hause war der sozialdemokratische Abgeordnete Haase, der in zweistündiger Rede die mangelnde Begründung der Vorlage, die wahren Ursachen des Militarismus und seine finanziellen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Folgen aufdeckte. Früher habe die Zwangsvorstellung, man müsse zu einem Krieg mit England kommen, geherrscht. Heute stelle man eine Verständigung mit England in den Bereich der Möglichkeit. Aber ein neuer Popanz sei gebildet in der slawischen Gefahr. Der Kanzler habe von dem Chauvinismus in Frankreich gesprochen, von dem in Deutschland aber geschwiegen. Kein Wort des Tadels sei für die abgefallen, die es im Reiche für ihre Aufgabe erachten, Frankreich zu provozieren. Diese Provokationen könnten nur den Erfolg haben, die öffentliche Meinung in Frankreich für neue hohe Militärforderungen empfänglich zu machen und der Verlängerung der Dienstzeit die Bahn zu ebnen. Der General v. Bernhardi habe in seinem Buche „Deutschland und der nächste Krieg" sich folgendes geleistet: „Auf die eine oder die andre Weise muß mit Frankreich abgerechnet werden, wenn wir Armfreiheit für unsre Weltpolitik gewinnen wollen. Das ist die erste und unbedingteste Forderung einer deutschen Politik, und da die französische Feindschaft auf friedlichem Wege ein für allemal nicht zu beseitigen ist, muß es eben durch Waffengewalt geschehen. Frankreich muß so vollständig niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann!"

Daß solche Aeußerungen aus der Feder eines Generals, von denen man übrigens weiß, in welchen Kreisen sie ihre Leser finden, jenseits der Vogesen nur Wasser auf das Triebrad der Kriegshetzer bilden, liegt auf der Hand. Was das Ziel der deutschen Politik sein müßte, Annäherung an Frankreich, wird bei solcher Hetzerei nie erreicht werden. Ist aber der Panslawismus eine Gefahr, dann ist die Verständigung der Weltmächte das A und O einer Friedenspolitik. Der sozialdemokratische Redner forderte mit Nachdruck die Umwandlung des stehenden Heeres in ein demokratisches Volksheer.

Von den bürgerlichen Rednern waren es v. Kanitz und Herr Bassermann, die am uneingeschränktesten auf den Boden der Vorlage traten. Der letztgenannte Herr kann für sich in Anspruch nehmen, im Reiche am meisten im Sinne des Weiterrüstens gewirkt zu haben. Wer weiß, ob diese Marinevorlage dem entspricht, was der Phantasie dieses Welt- und Aufsichtsrechtspolitikers vorschwebt. Von den übrigen bürgerlichen Rednern, Erzberger vom Zentrum und die Fortschrittler Müller und Doormann, sagte auch keiner nein. Sie wollen prüfen! Bei der Prüfung werden sie wohl zur restlosen Bewilligung kommen. — Der Abgeordnete Scheidemann unternahm es, den Rüstungspolitikern und ihren Helfershelfern im Lande derb die Wahrheit zu sagen. In einer Broschüre des Wehrvereins, in welcher die Wehrvorlage mit gar absonderlichen Ausführungen „begründet" wird, ist jeder ein „Volksfeind" genannt, der an den Forderungen Abstriche machen will, oder sie gar ablehnt. Der „volkswirtschaftlichen Weisheit", die aus dieser Wehrschrift sich spiegelt, gab Scheidemann die richtige Bezeichnung: unerhörter Blödsinn!

Frank faßte noch einmal die Gründe gegen die Vorlage zusammen. Wir können sie nicht verhindern, aber wir werden Gelegenheit bieten, zur Einführung der Reformen, die nun seit Jahrzehnten im Zusammenhang mit dem Militarismus gefordert werden: Entscheidende Maßnahmen gegen den Duellunfug, Ausdehnung der Wehrpflicht auf die Mitglieder regierender Häuser, Verkürzung der Dienstzeit, Beseitigung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs, Schutz bürgerlicher Gewerbetreibender gegen militärischen Boykott, Schutz der Reserveoffiziere in der Ausübung ihrer Bürgerrechte, Beziehung der Einkünfte des Rüstungskapitals durch Uebernahme der Waffenfabrikation in eigener Ausführung. Die Herren machten ob dieser Forderungen verdutzte Gesichter. Aus diesem mimischen Zubande konnten sie auch nicht heraus, als ein z. D. gestellter Generalmajor des Generalstabs, der Abgeordnete Haenisch, die Forderungen wunderlich und noch andre hinzufügte. Dieser Abgeordnete gehört dem Zentrum an. In seiner Fraktion dauerte die Anerkennung seiner militärischen Qualitäten über die Aufstellung als Kandidat und die erste Militärrede nicht hinaus. Der Mann schwieg! Als er voriges Jahr zum Wort gemeldet war, schnitt ihm ein fraktionsfreundlicher Antrag auf Schluß der Debatte das Wort ab. Das ging diesmal nicht wieder so, aber es herrschte eisiges Schweigen der Zentrumsfraktion, während und bei Beendigung der Rede. Ganz natürlich, die Rede war die denkbar schärfste Verurteilung der Militärpolitik des Zentrums. Der Redner stellte fest, es seien viel zu viel hohe Stellen in der Armee vorhanden, dafür würden hohe Gehälter bezahlt. Die wirkliche Arbeitsleistung für die Mehrzahl der Offiziere sei in zwei Stunden täglich erschöpft. — Weder das Schlußwort des Reichskanzlers noch ein derber und ungeschickter Angriff des bayerischen Militärbevollmächtigten konnten diese Kritik entkräften. Auch die Desavouierung des Redners durch die „Germania", das Organ des Zentrums, wird das Urteil dieses Sachkenners nicht hinwegblasen. Am Mittwochnachmittag war die Debatte zu Ende. Die Vorlage ging an die Budgetkommission. Der Schatzsekretär rückte an. Er heischte neue Summen. „Wer vieles nimmt, wird jedem etwas nehmen!" meinte er im späteren Verlaufe der Debatte. In Wirklichkeit sind seine Finanzvorlagen nicht ausschließlich auf Belastung des Besitzes zugeschnitten. Sie nehmen dem Mittelstande bei dem einmaligen Wehrbeitrag, der schon mit 10 000 Mk. Sach- und Barvermögen einsetzt. Die Erhöhung der Matrikularbeiträge belastet die Arbeitenden in jenen Bundesstaaten, die bei einer niedrigen Steuergrenze Steuern erheben. Wo bei 800 Mk. Einkommen die Steuerpflicht einsetzt, wird man 1200 Mk. Lohneinkommen schon als besitzsteuerfähig ansehen. Die Stempelabgabe bei Feuerversicherungsbeiträgen, die Unterlassung der beschlossenen Ermäßigung der Zuckersteuer, das alles ist Belastung der armen und wenig besitzenden Volksschichten.

Die Wehrvorlage ist nicht zu verhindern. Sie wird im großen und ganzen angenommen werden. Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion wird es sein, die erforderlichen Ausgaben wirklich aus zahlungsfähigen Taschen zu nehmen. Die Besitzenden sollen erkennen, fühlen, wie die moderne Rüstung drückt. Außerdem ist es erforderlich, beim Militarismus eine Reihe von Reformen durchzudrücken: Verkürzung der Dienstzeit, besserer Sold der Soldaten, Reform des Beschwerdewesens und der militärischen Rechtsprechung. Darüber hinaus gilt es aber zu arbeiten für Aufklärung, für Volksverständigung, für eine Volkswehr auf demokratischer Grundlage, als den Grund und Eckstein dauernden Friedens.

Der Terrorismus im Lichte der soziologischen Forschung.

Der bekannte Soziologe Dr. Hugo Sinzheimer hat auf Einladung des Frankfurter Gewerkschaftskartells einen Vortrag über „Terrorismus" gehalten, der weit über Frankfurts Mauern hinaus berechtigtes Aufsehen hervorrufen dürfte.

Die letzte Zeit, so führte Dr. Sinzheimer aus, war wiederum erfüllt von Vorwürfen gegen die freie Gewerkschaftsbewegung, daß ihr Terrorismus unerträglich geworden sei. Daß diese Vorwürfe von konservativer Seite immer wieder erhoben werden, ist selbstverständlich, denn es liegt im Wesen der konservativen Denkrichtung, jede selbständige und selbstbewußte Organisation der Arbeiterschaft als eine unzulässige Auflehnung anzusehen.

Daß aber neuerdings auch linksliberale Gruppen, die einst den Antiterrorismus, vor allem zur Zeit der Zuchthausvorlage, lebhaft bekämpft haben, sich zum Teil mit ausgesuchten Kampfworten zu jenen konservativen Stimmen gesellen, ist eine Erscheinung, der Beachtung geschenkt werden muß. Was sie dazu treibt, ist offenbar ein **parteipolitisches Bedürfnis**. Die Gründung der liberalen Arbeitervereine braucht ein Stichwort, welches sie von den freien Gewerkschaften unterscheidet. Für ein solches Stichwort ist der Vorwurf des „Terrors" willkommen, der auch in allen Wahlschlachten ein bequemes Mittel bildet, um die „anständigen" Elemente von der angeblich terroristischen Sozialdemokratie fernzuhalten. Alles deutet darauf hin, daß die Liberalen beim nächsten Reichstagswahlkampf mit diesem Stichwort kämpfen wollen. Jene Theorie ist das „Recht auf die freie Selbstbestimmung des einzelnen", der „Schutz der Persönlichkeit" gegen den Organisationszwang. Es kommt aber darauf an, wo das Recht auf freie Selbstbestimmung besser gewahrt ist und wie es im sozialen Leben überhaupt gewonnen werden kann. Da zeigt sich, daß es **keinen andern Weg gibt, Arbeiterrechte zu gewinnen, als durch die Organisation**, die zugleich das **Persönlichkeitsbewußtsein** des Arbeiters hebt und pflegt.

Die Antiterroristenbewegung aber ist ungerecht, weil sie der **Arbeiterseite allein** vorwirft, was eine **allgemeine Erscheinung des heutigen Wirtschafts- und Soziallebens ist, ein Produkt der heutigen Wirtschafts- und Rechtsordnung**, an dem alle Kreise teilnehmen, die an Organisationen interessiert sind. Es ist von den Wissenden **gewissenlos**, auf Grund dieser Tatsache den **angeblichen** Arbeiterterrorismus **einseitig** anzugreifen.

Um diesen Satz zu belegen, führte der Vortragende in erster Linie den Organisationszwang bei den **Unternehmer-Kartellen**, die **Material-, Kredit- und Absatzsperre** an, wozu sich noch die **Verrufserklärung**, manchmal sogar die **Sperrung der Zu- und Abfahrtswege** gesellt. Da müsse konstatiert werden, daß **gerade diejenigen Kreise**, in denen der **Hauptsitz des Antiterrorismus ist, am schwersten belastet** seien, wenn überhaupt von Vorwürfen in dieser Richtung gesprochen werden könne.

Gerade für diese Methoden sei in der letzten Zeit ausgezeichnetes Material geliefert worden in dem Buche von Kestner: „**Der Organisationszwang**", eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern (Berlin 1912). Das Buch dürfte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, und es müsse von allen, die leitende Stellungen in Gewerkschaftskreisen einnehmen, gelesen werden. Wo in der Oeffentlichkeit wird in diesen Fällen von einer „Unverschämtheit" des Terrors gesprochen, den man den Arbeiterkreisen vorwirft, wenn sie etwa sich weigern, mit unorganisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten? Warum trennt man die Formen des wirtschaftlichen Kampfes in der Arbeiterbewegung und bekämpft ihren Inhalt, ohne zugleich festzustellen, daß auf der andern Seite mit Waffen gekämpft wird, **die in vielen Fällen tatsächlich Terror sind?**

Der Redner zeigte sodann, daß die Ungerechtigkeiten der einseitigen politischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung auf Grund ihrer Organisationskämpfe um so krasser seien, als die **Voraussetzungen des Kampfes auf Unternehmerseite rechtlich ganz andre seien**, als auf Arbeiterseite. Zunächst seien die Kämpfe der **Arbeiterorganisationen** an **Widerstände rechtlicher und sozialer Art** gebunden, die jene **Unternehmerkämpfe nicht kennen**. Rechtlich seien es die tausend **Schikanierungen** der Gewerkschaften durch die **Verwaltungspraxis**, die immer wieder versucht, sie unter das politische Vereinsgesetz zu bringen. Sozial sei es aber das Verhalten der sozialen Gewalten, die ökonomische Abhängigkeit, welche dem freien Kampfe der unabhängigen Gewerkschaften Abbruch tun. **Dann fehle es aber bei der rechtlichen Behandlung des Arbeiterkampfes an dem fundamentalen Grundsatze der Gerechtigkeit der Gleichbehandlung aller wirtschaftlichen Kämpfe. All jene Kämpfe auf Unternehmerseite werden straffrei geübt; auf Arbeiterseite aber stehe der Kampf unter fortwährender, strafrechtlicher Kontrolle.** Der Redner bespricht dieses auf Grund der diesbezüglichen Rechtsprechung und Gesetzgebung. Arbeiter, die mit Arbeitsniederlegung drohen, wenn auf ihre Lohnforderungen nicht eingegangen wird, werden **wegen Erpressung bestraft**. Organisierte Arbeiter, die dem Arbeitgeber bekannt geben, daß sie die Arbeit niederlegen, wenn un-

organisierte Arbeiter weiterbeschäftigt werden, verfallen dem § 153 der Gewerbeordnung. Das Streikpostenstehen z. B. wird durch das Reichsgericht für zulässig erklärt. Wenn es aber ausgeübt wird, verbietet es der Schutzmann auf Grund der Straßenpolizeiverordnung. Und welche Strafen werden verhängt, wenn an sich ein Uebergriff im wirtschaftlichen Kampfe stattgefunden haben mag. Zivilrechtlich liegt allerdings die Kampflage günstiger. Hier hat sich das Reichsgericht bemüht, für die Unternehmer- und Arbeiterkämpfe Formen der Gleichbehandlung zu finden. Das Reichsgericht läßt insbesondere den Boykott in den wirtschaftlichen Kämpfen zu. Er ist begründet in der beständigen Rechts- und Wirtschaftsordnung. Und wenn er vorsätzlich Schaden zufügt, so liegt dieses im Wesen des erlaubten Kampfes. Doch müßte der Zweck erlaubt, die Mittel anständig sein, und dürfe nicht die Wirkung haben, den Gegner zu vernichten.

Gerade die Rechtsprechung des Reichsgerichts aber lehre, wie flüssig der Begriff des erlaubten Zweckes sei. Der Kampf der Bäcker um Abschaffung des Kost- und Logiszwanges sei für erlaubt erklärt. Der Kampf um Einführung des Gehilfennachweises aber für unerlaubt erklärt worden. Ebenso sei für unerlaubt erklärt worden der Kampf der Arbeiterschaft um Abschaffung der Heimarbeit.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß es sich im Streite um den Terror um das Folgende handeln müsse:

Zunächst müsse die soziologische Erkenntnis anerkannt werden, daß der Kampf der Organisationen, vor allem auch der Organisationszwang, eine Begleiterscheinung der Organisationsbewegung überhaupt sei. Der einzelne finde seine Macht nicht mehr in sich selbst und durch sich selbst, er könne nur Fortschritte erringen **in und durch die Organisation.** Hier stehe man vor einer Tatsache, die jenseits von gut und böse sei.

Es müsse gefordert werden, daß der Organisationskampf auf Arbeiterseite ebenso frei sei, wie der Kampf auf Unternehmerseite.

Wenn so der Kampf ganz frei würde, wenn die Gerechtigkeit über ihm walte, dann fürchte man nicht mehr für die Kultur. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Er allein führt zu höheren Organisationen, in denen sich der wirtschaftliche Kampf mildert, weil die Kräfte sich in freier Selbstentfaltung entwickelt haben, wie sie sich entwickeln müssen. Man brauche nur auf die Tarifverträge hinzusehen, um an einem Beispiele zu sehen, daß der Kampf und die Kampfstellung, die Organisation und der Organisationszwang **die wirklichen Triebkräfte zum sozialen Fortschritt** bilden.

Wie ein Streik entsteht.

Vor einigen Wochen hat der Inhaber der Schichauwerft, Geheimer Kommerzienrat Ziese, in der „Deutschen Wirtschaftszeitung" über die Entstehung der Streiks geschrieben. Ziese ist Inhaber einer großen Werft, die den Arbeitern sehr viel Grund zum Streik gibt, auf der es auch wiederholt zu Streiks gekommen ist. Er hat also manchen Grund, sich mit den Streiks zu befassen, und er könnte auch einige Erfahrungen über die Ursachen und den Verlauf der Streiks haben. Merkwürdigerweise entwickelt Ziese jedoch Ansichten, die nicht einmal mehr Widerspruch, sondern nur noch ungetrübte Heiterkeit auslösen. Ueber die Entstehung eines Streiks schreibt Ziese:

„Ein Streik entsteht durchaus nicht aus dem Grunde, weil die Löhne zu niedrig sind, oder die Arbeitszeit eine zu lange ist, oder die Arbeiter sonst aus irgendeinem Grunde unzufrieden wären; nein, ein Streik entsteht auf ganz anderm Wege. Die Zentrale der Arbeiterorganisationen, die doch hier und da einen Beweis ihrer Daseinsberechtigung geben muß, sagt sich: „Im vorigen Jahre haben wir an der und der Stelle im Deutschen Reiche Strömungen in Szene gesetzt, jetzt in diesem Jahre wollen wir an dem und dem Platze den Hebel einsetzen." Nun werden soundso viele Redner von der Arbeiter-Organisationszentrale an den betreffenden Platz geschickt, die Tag und Nacht die Arbeiter bearbeiten, große Versammlungen abhalten und den Arbeitern absolut keine Ruhe lassen, bis sich eine Anzahl junger Leute zusammentut, die weiter wühlen und die von der Arbeiter-Organisationszentrale und ihren Agitatoren ausgehenden Aufwiegelungen in die Tat umsetzen.

So entsteht der Streik!"

Man erstaunt wirklich, wie ein Mann, der doch Leiter eines großen Betriebes ist, so unglaublich törichtes Geschwätz vertreten kann. Es kommt jedoch noch besser. Ziese schreibt nämlich weiter:

„Nun werden in der Regel die unvernünftigsten Bedingungen seitens der sogenannten Streikleitung aufgestellt, Bedingungen, die oft durchaus nicht in Frage kommen, weil das damit Verlangte schon längst vorhanden ist (?), und die als „Wünsche" nur gestellt werden, um bloß eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen . . . Die ganze Streikbewegung ist durchaus nicht ein Bedürfnis des Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie es weltfremde Professoren der Nationalökonomie gewöhnlich hinzustellen belieben, sondern eine Mache der Arbeiter-Organisationszentralen."

Bei so kindlichen Anschauungen nimmt es gar nicht wunder, daß Ziese die „Streiker und Terroristen" wie Verbrecher behandeln möchte. Mit einer Gemüts—tiefe, um die ihn nur wenig Menschen beneiden werden, schlägt er vor:

„. . . Ueber jeden, welcher zur Aufwiegelung der Arbeitermassen beiträgt und sie in gehässiger, die Tatsachen verdrehender Weise erregt, sollten auf Grund dieses zu schaffenden Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen zunächst Geldstrafen und im Wiederholungsfalle steigende Gefängnisstrafen verhängt werden. Damit würde die Macht der Agitatoren, die auf Grund eines solchen Gesetzes hinter Schloß und Riegel gebracht werden, auf die denkbar einfachste Weise gebrochen. Solange ein solches Gesetz nicht besteht, wird in Streikfällen auch nicht das Mitlaufen der alleruntergeordnetsten Elemente verhindert werden können, jenes Gesindels, das sich bei Streikunruhen ansammelt, um im trüben zu fischen und die Arbeitswilligen in der unerhörtesten Weise zu belästigen."

Herr Kommerzienrat Ziese hat sehr viel Geld und sehr viel Einfluß. Ob er auch viel Herz und Verstand hat, wollen wir nicht entscheiden. Daß er aber von den Gewerkschaften blutwenig, von dem Entstehen und dem Verlauf eines Streiks aber nichts, rein gar nichts versteht, ist so sicher, wie 2×2 vier ist. Wir haben kein Recht, Herrn Ziese das übelzunehmen, obwohl er als Leiter eines großen Wirtschaftsunternehmens eigentlich auch über die Arbeiterbewegung einige Kenntnisse sich hätte sehr leicht erwerben können. Aber daß jemand über eine Sache, von der er nicht einer Ahnung blassen Schimmer hat, schreibt, dürfen wir als verwunderlich und unbescheiden bezeichnen. Oder wollte Herr Ziese in der ach so ernsten Gegenwart etwas für erheiternde Lektüre sorgen?

Verschiedene Industrien

*** Zum Kapitel „Arbeiterschutz in der Gummi-Industrie".**

Nach einer Verordnung des Bundesrats über die Vulkanisierung von Gummiwaren mit Schwefelkohlenstoff sollen alle in derartigen Betrieben Beschäftigte mindestens allmonatlich einmal im Betriebe vom Arzt aufgesucht und auf Schwefelkohlenstoffvergiftung untersucht werden. Wie diese Untersuchungen in den meisten Fällen stattfinden, dürfte ja allen davon Betroffenen bekannt sein. In der Regel geht der Arzt in Begleitung des Betriebsleiters durch den Arbeitsraum und fragt jeden Beschäftigten, ob er Beschwerden verspüre; öfter soll es auch vorkommen, daß nur die, welche durch ungesunde Gesichtsfarbe auffallen, gefragt werden, ob sie sich krank fühlen. Sagt nun jemand, er fühle sich krank und bringt dem Arzt seine Beschwerden vor, erhält er die Antwort, er müsse dann eben auf ein paar Tage die Arbeit aussetzen, oder die Arbeit ganz aufgeben. Da nun aber die in den Gummifabriken Arbeitenden durchweg nicht aus Langeweile, sondern durch die Sorge ums tägliche Brot in die Fabrik getrieben werden, wird jeder einzelne, solange wie nur irgend möglich, seinen schlechten Gesundheitszustand zu verheimlichen suchen.

Es stellt sich nämlich auch hier wieder heraus, daß alle Schutzbestimmungen für die Arbeiterschaft wertlos sind, wenn nicht zugleich der Willkür des Unternehmertums Schranken gesetzt werden. Uns sind massenhaft Fälle bekannt, wo der Beschwerdeführende und Erkrankte rücksichtslos entlassen wurde, wenn er von seinem „Rechte" Gebrauch machte. Auch in Gummifabriken hat man Leute entlassen, die durch die Einwirkung von Schwefelkohlenstoff erkrankten und ein paar Tage zu Hause bleiben mußten. Sie waren eben für den Unternehmer ungeeignete Ausbeutungsobjekte.

Von einem Arzt, der die mit giftigen, die Gesundheit schwer schädigenden Stoffen Arbeitenden untersucht, nimmt man im allgemeinen an, daß er sich einen klaren, vorurteilslosen Blick bewahrt hat, und daß er ferner jede Beschwerde über den Gesundheitszustand gewissenhaft prüfen wird. So sollte es sein. Daß dies leider nicht immer der Fall ist, beweist folgendes Vorkommnis:

In der Patentabteilung der Firma C. Müller, Berlin-Weißensee, werden fast nur Frauen, die mit Schwefelkohlenstoff arbeiten, beschäftigt. Eine Arbeiterin teilte nun dem untersuchenden Arzt, Herrn Dr. Pick, mit, daß sie an Erbrechen und Kopfschmerzen leide; ein Arzt, den sie aufgesucht habe, hätte erklärt, dies sei auf Schwefelkohlenstoff zurückzuführen. Herrn Dr. Pick, dem es anscheinend ganz etwas Neues war, daß jemand erklärte, er führe die Erkrankung auf die ungesunde Beschäftigung zurück, sagte, er müsse besser wissen, ob die Beschäftigung so gesundheitsschädlich sei, es gäbe so viele Leute, die an Rheumatismus leiden, ohne daß sie mit Schwefelkohlenstoff arbeiten. So ganz sicher schien dem Arzt die Geschichte allerdings selbst nicht zu sein, denn er sagte, wenn das wirklich der Fall sei, müßte sie ein paar Tage die Arbeit aussetzen. Jetzt wurde Herr Dr. Pick darauf aufmerksam gemacht, was die eventuelle Folge eines zeitweisen Aussetzens sein könne. Das war nun aber für den Herrn Doktor die Höhe; er sagte jetzt wörtlich: „Hier müssen unbedingt Stänker in der Fabrik sein, das wird nicht eher anders, bis die wieder raus sind." Wir können uns die Worte nicht anders deuten, als daß Herr Dr. Pick mit dem Wort „Stänker" die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen meinte. Offen gestanden, wissen wir nicht, was die Bekämpfung der „Stänker" mit den ärztlichen Obliegenheiten des Herrn zu tun hat. Er hat lediglich die Untersuchungen vorzunehmen und sollte sich jeder überflüssigen Aeußerung enthalten. Es könnte sonst der Fall eintreten, daß Erkrankte ihren Zustand verheimlichen, und das soll doch wohl nicht der Zweck des Ausspruches sein? Die Arbeiterschaft wird sich durch derartige Reden von ihrem Wege, den sie als den richtigen erkannt hat, nicht abbringen lassen. Man sieht aber, daß selbst Leute, von denen man es zu allerletzt erwarten sollte, der Arbeiterbewegung recht wenig Verständnis entgegenbringen. Das Bürgertum fühlt sich eben im Kampfe gegen die Arbeiterschaft solidarisch, und man hat von den sozialpolitischen Gesetzen die gleiche Auffassung, der seinerzeit vom Herrn Bergrat Hilger so drastisch Ausdruck verliehen wurde, indem er erklärte: „Wir müssen alles daran setzen, daß die sozialpolitischen Gesetze weiße Salbe bleiben, das heißt, dem Arbeiter nichts nützen." Für die Arbeiterschaft aber ergibt sich die Lehre, daß sie überall auf eigene Kraft angewiesen ist und Hilfe von keiner Seite zu erwarten hat. W. R.

* **Ein schwerer Unfall** ereignete sich kürzlich in der Dunlop-Fabrik. Der 29 Jahre alte Arbeiter Heinrich Fuchs aus Langenselbold war an einer Rohgummi verarbeitenden Maschine beschäftigt und geriet plötzlich mit dem linken Arm in die Walzen. Er wurde, da der Vorgang das Werk eines Augenblicks war, tiefer hineingezogen, der Arm wurde ihm herausgerissen, ebenfalls die rechte Gesichtshälfte. Auf seine Hilferufe eilten andre Arbeiter herbei, doch ließ sich eine Rettung nicht mehr ermöglichen. Die erhaltenen Verletzungen waren derart stark, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte war verheiratet.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Aussperrungen** bestehen in Blankenburg a. Harz; Brandenburg a. Havel (Sägewerk), Breslau (Ziegelei), Frankfurt a. M. (Bettfedernfabrik), Fürth i. B. (Zichorienfabrik), Glückstadt (Sägewerk), Hamburg (Guanowerke und Chemische Fabrik), Heidingsfeld (Ziegelei), Rheinsberg i. d. Mark, Stettin (Kaffeesurrogatfabrik), Winsen a. d. Luhe (Papierfabrik), Wunsiedel (Speckfteinfabrik).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Lohnbewegungen in der Fischkonservenindustrie.**

Die im letzten Winterhalbjahr geführten Lohnbewegungen in der Fischindustrie zum Zweck möglichst einheitlicher Regelung der Arbeitsbedingungen führten in Kiel und Schwaan i. M. zu einem annehmbaren Resultat, wogegen die Bewegung in Hamburg-Altona und Lübeck-Schlutup vertagt werden mußte. Die stockende Zufuhr von Fischwaren und die damit verbundene Einlegung von Feierschichten und andre schwerwiegende Hindernisse im Anfangsstadium der Bewegung ließen es aus taktischen Gründen angebracht erscheinen, Verhandlungen auf zentraler Grundlage anzustreben. Diese lehnte jedoch der Vorstand des Vereins der Fischindustriellen ab und verwies die Verbandsvertreter an die Ortsvorstände der genannten Vereine.

Nachdem diesen Instanzen die Entwürfe zu einem Lohnabkommen und einer Arbeitsordnung zugegangen waren, setzten die Verbandsvertreter mit Verhandlungen auf örtlicher Basis ein. Während die Kieler Fischindustriellen zu Verhandlungen geneigt waren, glaubten die Vorstände der übrigen Orte, auf die Forderungen nicht eingehen zu können. Besonders waren es die Altonaer Fischindustriellen, die sich äußerst renitent gebärdeten.

In mehreren Betrieben wurden die Vertrauenspersonen gemaßregelt und an deren Stelle fremde Arbeiterinnen herangezogen, welche es aber entschieden ablehnten, als Ausbeutungsobjekte zu gelten, und enttäuscht über die Nichtinnehaltung der gemachten Versprechungen aller Art in ihre Heimat zurückkehrten. Wenn es trotz dieser scharfmacherischen Maßnahmen der Fischindustriellen Altonas nicht zu einem offenen Konflikt kam, so ist dieser Umstand lediglich auf die Besonnenheit der Arbeiterschaft und deren Vertreter zurückzuführen.

In den Lübeck-Schlutuper Betrieben sind in der Saison eine nicht geringe Anzahl fremde Arbeiterinnen tätig, deren Indifferentismus vorläufig noch für die Bewegung einen Hemmschuh bildete. Daß aber auch die fremden Arbeiterinnen bald den Weg zu ihrer Berufsorganisation finden werden, dafür bürgt mit ziemlicher Sicherheit die ablehnende Haltung der Fischindustriellen gegenüber den durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter. Denn je mehr die Fischindustriellen, wenigstens der rückständigste Teil derselben, gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft wüten, desto eher wird diese zu der Erkenntnis gelangen, daß der Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen unumgänglich notwendig ist. Daß ein großer Teil der Arbeiterschaft bereits ihre Klassenlage erkannt hat, das beweist zur Evidenz der Verlauf der Bewegung in Kiel. Hier erreichten die Arbeiter außer einem entsprechenden Aufschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit einen Mehrverdienst von wöchentlich 3 Mk. und die Arbeiterinnen einen solchen von 1,20 Mk. im Durchschnitt und pro Woche. Einen ähnlich günstigen Erfolg unter gleichzeitigem Abschluß eines Tarifvertrags erzielten die Arbeiter der Fischkonservenfabrik in Schwaan. Aus diesem Resultat wird hoffentlich die Arbeiterschaft der deutschen Fischkonservenindustrie die nötigen Schlüsse ziehen und sich ausnahmslos unserm Verband anschließen.

Denn nur durch fortgesetzte Aufklärung, durch Agitation und Organisation wird es möglich sein, der schrankenlosen Willkür der Fischindustriellen eine Grenze zu ziehen! Darum hinein in die gewerkschaftliche Berufsorganisation! B.

— **Heidingsfeld.** Der Streik der Ziegeleiarbeiter dauert fort. Herr Siegler will den Arbeitern nicht entgegenkommen. Und doch hätte er dazu alle Ursache. Denn mit einem Stundenlohn von 34 Pf. für Männer und 22 Pf. für Frauen ist heute wirklich nicht auszukommen. Die Forderung der Arbeiter lautete auf 40 Pf. für Männer und 28 Pf. für Frauen pro Stunde. Die Erhöhung des Akkordlohnes sollte dem entsprechen. Nachdem Herrn Siegler durch irgeneinen Zuträger mitgeteilt wurde, daß von der Arbeiterschaft eine Lohnforderung geplant war, wurden fünf Kollegen und Kolleginnen, die zum größten Teil der Lohnkommission angehörten, entlassen. Die beteiligten Arbeiter erblickten hierin Maßregelungen und legten sofort die Arbeit nieder. Daß es Maßregelungen sind und sein sollten, geht aus einigen Entlassungsschreiben klar hervor. Diese sind so interessant, daß wir einige davon hier veröffentlichen wollen. In einem Entlassungsschreiben an eine Arbeiterin heißt es: „Anbei Ihre Invalidenkarte. Der Lohnrest folgt per Postanweisung. — Unzufriedene Leute, welche nur die andern aufsässig machen, will ich nicht haben. Sie sind daher entlassen." — In einem andern: „Ich habe Ihnen und Ihrer Frau ausreichende Sommerbeschäftigung und fortwährende Winterbeschäftigung gegeben. Trotzdem sind Sie fortwährend unzufrieden und äußern sich: Das kommt heuer anders. Da Sie auch von 40 Pf. Stundenlohn träumen (!), so halte ich es für besser, daß Sie die Arbeit schon jetzt bei mir einstellen und sich von jenen die Illusionen verwirklichen lassen, welche Sie Ihnen vorsagen. Jedenfalls werden Sie sobald keinen Chef mehr finden, welcher zu fortwährenden Anpumpereien von 20 Mk. bereit ist. Sie sind also hiermit beide entlassen." Ein objektiv urteilender Mensch wird sich nicht wundern, wenn bei diesen Lohnverhältnissen eine Familie gezwungen ist, beim Fabrikanten Vorschuß zu nehmen. In einer andern Zuschrift heißt es: „Anbei übersende ich Ihnen Ihre Karte, und wollen Sie von Montag, den 3. März, an bei mir nicht mehr zur Arbeit antreten. Dazu habe ich folgende Gründe: Wenn man einen Mann jahrelang Sommer und Winter gleichmäßig beschäftigt, so daß er sein anständiges Auskommen hat, dann kann man nur bedauern, wenn er seine fortwährende Unzufriedenheit öffentlich bekanntgibt. Unzufriedene Leute, die auch die Kollegen gegen den Chef scharf machen, will ich nicht haben. Den Dank war ich noch nie gewohnt in meinem Leben zu ernten. In diesem Winter habe ich Hunderte von Leuten abgewiesen, aus Rücksicht auf meine älteren Leute stellte ich selbige nicht ein. Wem es bei mir nicht paßt, der soll sich einen Dummeren suchen, der ihn auch im Winter ernährt, wo andre monatelang ohne Verdienst daheim sitzen. Ich werde jedem Unzufriedenen ebenso begegnen, wie in diesem Falle, gleichgültig, ob meine Fabrik geht oder steht."

Kommentar überflüssig. Dank der guten Organisationsverhältnisse in der Würzburger Gegend können wir dem Ausgang dieser Bewegung mit ruhigem Gewissen entgegensehen. Zu konstatieren ist, daß sich nur minderwertige Kräfte gefunden haben, Raussreißerdienste zu machen. Herr Siegler wird sich schon damit abfinden müssen, daß wir nicht mehr in den Anfängen des 19. Jahrhunderts leben, sondern im 20., wo sich eben doch vieles geändert hat. Die Entwick[illegible] wird auch vor der Firma Siegler nicht haltmachen. Daß Herr Siegler höhere Löhne bezahlen kann, hat er selbst bewiesen, indem er jetzt schon den geforderten Lohn von 40 Pf. pro Stunde unqualifizierten Arbeitern bezahlt. Daß Herr Siegler auch Terrorismus ausüben kann, beweist folgender Fall: Einem Maschinenheizer, der schon jahrelang im Betriebe beschäftigt ist, wurde zugemutet, Streikbrecherdienste zu leisten. Der Mann war charaktervoll genug, diese Zumutung zurückzuweisen. Die Folge davon war seine Entlassung. Daß der Mann schon jahrelang einen höheren Lohn als 38 Pf. pro Stunde zu beanspruchen hatte, beweist Herr Siegler dadurch, daß er heute einen Mann als Ersatz mit 30 Mk. Wochenlohn einstellen wollte. Der Mann war jedoch anständig und ehrlich genug, auf diesen Judaslohn zu verzichten. In seiner Not machte nun Herr Siegler die ganze bürgerliche Presse mobil mit folgendem Inhalt: „Tüchtige Arbeiter, Ofenleute usw finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn, eventuell Wohnung in der Fabrik. Leute, welche einer Organisation angehören, werden nicht eingestellt." Erstaunenswert ist die Kühnheit, mit der Herr Siegler dieses Inserat in die Welt schickt, denn er gehört selbst zu den Führern der Unternehmer-Organisation. Zu bemerken ist noch, daß auch die christliche Organisation an dem Streik beteiligt ist. Zuzug ist streng fernzuhalten.

— **München.** Erfolgreiche Lohnbewegung. Zwischen der Firma Michael Huber, Farbenfabriken, einerseits und dem Fabrikarbeiter-Verband anderseits wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt danach 9 Stunden; sie beginnt früh 7 Uhr und endet abends 6 Uhr, mit einer 1½stündigen Mittags- und einer ½stündigen Vormittagspause. An den Sonnabenden sowie an Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen ist um 4 Uhr Arbeitsschluß mit Bezahlung bis 6 Uhr. Bei Kontrollversammlungen sowie bei Schöffendienst wird ein freier halber Tag ohne Lohnabzug, bei Wahlen zwei Stunden schichtenweise im Anschluß an die Mittagspause gewährt. — Der Lohn beträgt bei der Einstellung 26 Mk., im zweiten Halbjahr 27 Mk., im zweiten Jahre 28, im dritten Jahre 29 und im vierten Jahre 30 Mk. pro Woche. Der Rußmischer erhält 2 Mk., sein Helfer 1 Mk. pro Woche mehr. Arbeiter, die in der Pulverisierkammer beschäftigt sind, erhalten pro Arbeitsstunde 10 Pf. mehr, ständig im Trockenhaus Beschäftigte erhalten 1 Mk. Zuschuß pro Woche. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Versicherungsbeiträge werden in Abzug gebracht. — Alle Arbeiter erhalten nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes. Der Vertrag tritt am 1. April 1913 in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. März 1917.

— **Stettin.** Bei der Firma J. G. Weiß, Kaffeesurrogatfabrik, haben am Freitag, dem 4. April, sämtliche im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Gründe sind kurz folgende: Unterm 7. März wurden der Firma durch die Verbandsleitung Forderungen eingereicht. In der Hauptsache handelte es sich um die Erhöhung der Stundenlöhne um 2½ bis 5 Pf. Das würde für die Arbeiterinnen statt jetzt 1,25 1,50 Mk. Lohn pro Tag bedeuten. Der Stundenlohn der Arbeiter würde dadurch von 29 bis 35 Pf. jetzt auf 34 bis 40 Pf. pro Stunde gestiegen sein. Auch war eine Aufbesserung der Akkordlöhne von im Durchschnitt 5 Prozent gefordert. Angesichts der Lebensmittelpreise ein Verlangen, das jedenfalls nicht nach Begehrlichkeit aussieht. Bis zum 14. März hatten wir die Antwort erbeten. Am 17. teilte uns die Firma mit, daß sie es ablehne, mit der Organisationsleitung zu verhandeln. Unterm 18. März wurde der Firma mitgeteilt, daß die Arbeiter gewillt wären, durch eine gewählte Kommission im Beisein der Organisationsvertretung zu verhandeln. Auch dieses lehnte die Firma ab, „weil es die Satzungen des hiesigen Arbeitgeber-Verbandes verbieten". Nachdem nun die Kommission der Arbeiterschaft um Verhandlungen nachgesucht hatte, fanden dann endlich am 31. März die Verhandlungen statt. Da die Forderungen schon 3½ Wochen in den Händen der Firma waren, glaubte die Arbeiterschaft, jetzt endlich eine einigermaßen befriedigende Antwort zu erhalten. „Warum seid ihr nicht zu mir gekommen und erst zum Verband gelaufen?" Zum Schluß: „Ich werde mir die Sache überlegen und euch dann Bescheid geben", war das Ergebnis der Verhandlungen. Daß unter solchen Verhältnissen auch einmal der Geduldsfaden bei den Arbeitern reißt, kann nicht wundernehmen. Aber trotzdem ist der Firma noch drei Tage Erwägungszeit gegeben. Als dann bis zum 2. April der Kommission noch keine Nachricht erteilt war, und die Verbandsleitung durch Telephongespräch auf die eventuell entstehenden Ereignisse die Firma am 3. aufmerksam machte erklärte der Firmeninhaber: „Ich muß mich wundern, wie Sie die Dreistigkeit besitzen können, sich überhaupt in diese ganze Angelegenheit zu mischen." Das war der Arbeiterschaft denn doch zu viel. Auch hatten sie die Organisation viel zu lieb gewonnen, sich derartige Aeußerungen noch länger bieten zu lassen. Der Betrieb ruht jetzt vollständig. Falls die Firma auf ihrem Standpunkt beharrt, werden sich die Konsumenten der Weißschen Fabrikate, soweit sie Arbeiter sind oder doch den Kampf der Arbeiter als berechtigt anerkennen, die Frage vorlegen müssen, ob sie ihren Bedarf noch weiter bei dieser Firma decken wollen.

— **Stuttgart-Kannstatt.** Einen schönen Erfolg erzielten unsre Mitglieder in der Kunstbaumwolle- und Lumpensortierfabrik M. Horlheimer in Zussenhausen. Am 1. März d. J. kündigte die Verbandsleitung infolge einstimmigen Beschlusses der Arbeiterschaft dieses Betriebes den Lohntarif und unterbreitete der Firma die von der Arbeiterschaft selbst gestellten und formulierten Forderungen. Gefordert wurde Erhöhung der Tagelöhne um 30 und 40 Pf., Verkürzung der Arbeitszeit an allen Vortagen von Sonn- und Festtagen, Regelung des schon bestehenden Urlaubs und der Abschluß eines Tarifvertrags auf zwei Jahre. Die Firma lehnte, wie schon vor Jahren, jede Verhandlung mit der Verbandsleitung ab, dagegen erklärte sie sich bereit, mit dem Arbeiterausschuß die Lohnangelegenheit zu erledigen. Auch wurde dem Arbeiterausschuß das Recht eingeräumt, bei wichtigen Fragen während der Arbeitszeit mit der Verbandsleitung Rücksprache zu nehmen. Eine indirekte Verhandlung ließ man anscheinend zu! Erst dann, wenn eine Einigkeit nicht erzielt würde, sollte die Verbandsleitung verhandeln. Das Resultat der Verhandlungen war folgendes: Die Löhne werden um 30 Pf. erhöht. In der Reißerei, der ungesundesten Arbeitsabteilung, wird die Arbeitszeit an allen Sonnabenden und Vortagen von Festtagen für Tag- und Nachtschicht auf sieben Stunden reduziert unter Bezahlung von 10 Stunden. Die Löhne de-

Magazinarbeiter betragen jetzt: Anfangslohn 3,90 Mk., steigend nach vier Jahren auf 4,70 Mk. Die Anfangslöhne der Reißereiarbeiter betragen jetzt 3,70 Mk., vom 1. April nächsten Jahres an 3,80 Mk., und steigen nach drei Jahren auf 4,40 Mk. mit einer Zulage für die Nachtschicht von 30 Pf. Die Löhne der weiblichen Arbeiter wurden ebenfalls ganz erheblich erhöht. Wenn Sortiererinnen, die den Höchstakkordlohn verdienen, im Tagelohn arbeiten, beträgt dieser bei 9½stündiger Arbeitszeit, an allen Sonnabenden 6stündiger Arbeitszeit, 3,10 Mk. Die Tagelöhne der Sortiererinnen, Abteilung Halbwolle, betragen: Anfangslohn 2,50 Mk., steigend nach zwei Jahren auf 3 Mk. Bei Arbeiten außerhalb des Saales wird eine Zulage pro Schicht von 20 Pf. gewährt, in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar 30 Pf. Das Fahrgeld für auswärts wohnende Arbeiter und Arbeiterinnen wird voll gewährt. Die Lohnzulage beträgt für zirka 100 Personen 247,20 Mk., die Arbeitszeitverkürzung für 56 Reißereiarbeiter 168 Stunden pro Woche. Unsre Mitglieder können mit diesen Zugeständnissen zufrieden sein. Das Erreichte ist dem Einfluß der Organisation zu danken. An unsern Mitgliedern wird es jetzt liegen, das Errungene zu halten durch den noch besseren Ausbau der Organisation, denn nur in der Geschlossenheit liegt unsre Macht!

Gegnerische Gewerkschaften.

Christliche Verleumdungen.

In Nr. 13 des „Proletariers" veröffentlichten wir eine Zuschrift, in der einige christliche Unwahrheiten, die sich die „Keramarbeiterzeitung" nach alter Uebung und Gewohnheit geleistet hatte, richtiggestellt wurden. Zu dieser Zuschrift erhalten wir nun folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß ich die Sammlung zu der Jubiläumsgabe für Werkmeister Gottschalk angeregt habe. Wahr ist vielmehr, daß der Arbeitskollege Jakob Berg, freiorganisiert im Deutschen Böttcher-Verband, zu mir kam und mich fragte, ob ich mich an der Sammlung beteiligen würde, was ich darauf bejahte.

Jakob Herzog.

Diese Berichtigung des Herrn Herzog hat den Fehler, daß sie, soweit sie richtig, nichts mit unsrer Notiz zu tun hat, soweit sie aber die Sache betrifft, unrichtig ist. Herr Herzog bestreitet gar nicht, daß er die Sammlung angeregt hat, er will nur vorher von einem andern „angeregt" worden sein. Ob das wahr ist oder nicht, spielt für die Beurteilung des Sachverhalts schon deshalb gar keine Rolle, weil der angebliche Anreger Jakob Berg eben nicht „freiorganisiert im Deutschen Böttcher-Verband" ist. Es bleibt also schon dabei, daß die Sammlung nicht von den freiorganisierten, sondern von den frommen Christen angeregt worden ist. Sachlich ist das natürlich ohne Belang. Der Vorgang gewinnt nur deshalb Interesse, weil das christliche Keramarbeiterblättchen die von seinem Gesinnungsfreunde angeregte Sammlung als freigewerkschaftliche Sünde aufputzt. Diese Tatsachenverdrehung liegt zwar ganz und gar in der Richtung christlich-gewerkschaftlicher Journalistik, die an Chiandano orientiert ist, also die Beschimpfung der Gegner für erlaubt und gottwohlgefällig hält, aber sie muß trotzdem niedriger gehängt werden.

Arbeiterverrat der Christen.

Die christlichen Gewerkschaften dürfen dem Ruhmeskranz ihrer streikbrecherischen Taten ein neues Blatt einflechten. Bei dem Streik der Färbereiarbeiter in Krefeld hat es sich der christliche Textilarbeiter-Verband verdient. In den Krefelder Seidenfärbereien lief Ende 1912 der auf 3 Jahre abgeschlossene Tarifvertrag ab. Der freie und der christliche Textilarbeiter-Verband berieten gemeinsam alle Schritte und kamen zu dem Beschluß, daß die Erneuerung des Vertrages erfolgen solle bei angemessener Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Wie notwendig besonders die Lohnerhöhung war, geht daraus hervor, daß die selbständigen Kouleurfärber 20—28 Mk., ausgelernte Färbergesellen 18,50—24 Mk., Arbeiterinnen 5—15 Mk. und Lehrlinge 6—13 Mk. pro Woche verdienten. Mit diesen Löhnen konnten Arbeiter und Arbeiterinnen bei den fortgesetzt gestiegenen Lebensmittelpreisen nicht mehr auskommen. Die Unternehmer machten jedoch nur minimale Angebote. Als die Arbeiter diese ablehnten, wurden 10 000 Textilarbeiter am Niederrhein ausgesperrt. Wenige Tage nach der Aussperrung erklärten sich die Führer der Christen hinter dem Rücken ihrer seitherigen Bundesgenossen und ohne ihre streikenden Mitglieder zu fragen, zur Aufnahme der Arbeit bereit. Die Mitglieder des christlichen Verbandes waren über den Verrat ihrer Führer empört und traten in großer Zahl zum freien Textilarbeiter-Verband über, der ihnen Unterstützung zusicherte. Ein Teil der christlichen Arbeiter ist jedoch, nach eindringlicher „Bearbeitung" durch die Christengenerale, in die Betriebe zurückgekehrt. Der Streikbruch scheint also bei den Christen epidemisch zu werden. Es ist gut, das zu wissen und für kommende Kämpfe zu beachten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1912.

Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1912 seine Mitgliederzahl wiederum erheblich erhöht. Er zählte 561 547 Mitglieder am Jahresschluß, das ist eine Zunahme von 46 402. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Jahre 1912 der Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverbande erfolgte. Die Zahl dieser Uebergetretenen wird nach einer vorläufigen Zusammenstellung in Nr. 2 der „Metallarbeiterzeitung" auf 14 875 angegeben. Die wirkliche Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes beträgt nach Abzug der Schmiede 31 527. Die buchmäßige Gesamteinnahme und -ausgabe, also einschließlich des Kassenbestandes und der durchlaufenden Posten beziffert sich auf 18 694 111 Mk. Die Reineinnahme beträgt 17 934 086 Mk. (15 276 520 Mk. im Vorjahr), der eine Gesamtausgabe von 12 592 075 Mk. bei einem Vermögensbestand von 11 370 379 Mk. (6 360 419 Mk.) gegenübersteht. Der Vermögenszuwachs beträgt 5 009 960 Mk. Damit hat sich der Verband zu einem gewerkschaftlichen Großbetrieb sowohl im Hinblick auf die Zahl der ihm angehörigen Metallarbeiter wie auch in bezug auf den Geschäftsumfang, die Inangriffnahme und Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben entwickelt. Im einzelnen verausgabt wurden für Arbeitslosenunterstützung 1 690 529 und für Krankenunterstützung 3 435 106 Mark.

Besonders erfreulich ist an der Abrechnung, auch für die übrige Arbeiterschaft, die finanzielle Erstarkung der Organisation der Metallarbeiter. Sie war nötig! Stellt doch die stete Kampfbereitschaft angesichts der Entwicklung der Unternehmerverbände und deren Aussperrungsgelüste hohe Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Hinzu kommt, daß namentlich die Erwerbslosenunterstützung steigend große Mittel beansprucht. Hierfür sind allein für die Zeiten wiederkehrender Krise beträchtliche Reserven erforderlich. Diesen Reserve- und Kampffonds zu erhalten und zu stärken, muß das Ziel einer vorsichtigen Finanz- und Unterstützungspolitik in allen Gewerkschaften sein. Das Unterstützungswesen darf nicht überwuchern. Es soll fern dem Hauptzweck der Gewerkschaften, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder, untergeordnet sein. Daß dies im Metallarbeiterverband dauernd geschieht, dafür bürgt die Entwicklung.

Der Bauarbeiterverband im Jahre 1912.

Von den Jahresabschlüssen der Zentralverbände dürfte der des Bauarbeiterverbandes nicht nur deswegen besonderes Interesse finden, weil dieser Verband die größte unter den gewerkschaftlichen Organisationen unsres Landes ist, sondern auch wegen der gegenwärtigen Bewegung, deren Ausgang naturgemäß nicht wenig von der Organisationsmacht beeinflußt wird. Im Jahre 1911 hatte sich die neue Organisation wahrhaft glänzend entwickelt. Die gewagtesten Hoffnungen waren übertroffen worden. Im Jahre 1912 hat der Verband diesen Aufstieg fortgesetzt. Die Mitgliederzahl ist weiter gewachsen, das Vermögen hat sich weiter beträchtlich vermehrt. Allerdings hat die Zunahme der Mitgliederzahl in diesem Jahre nicht so lange angehalten und ist infolgedessen nicht so groß gewesen wie im Jahre 1911. Darin äußert sich die im Juli und August eingetretene Verminderung der Bautätigkeit, die von da an bis zum Jahresschluß angehalten hat. Am Schlusse des Jahres 1911 zählte der Verband 295 628 Mitglieder. Diese Mitgliederzahl stieg bis zum Jahresschluß 1912 auf 331 165, also um 35 477, und im Jahresdurchschnitt von 290 126 im Jahre 1911 auf 335 561 im Jahre 1912, also um 45 435, wobei immer zu berücksichtigen ist, daß davon 10 300 auf die übergetretenen Steinträger entfallen.

Die Kassenverhältnisse haben sich, wie schon bemerkt, sehr gut entwickelt, die besten Hoffnungen sind in dieser Hinsicht übertroffen. Die Zweigvereine nahmen an Beiträgen und Eintrittsgeldern 7 722 383 Mk. ein. Dazu kommen noch die Einnahmen der Hauptkasse aus den Beiträgen der Einzelmitglieder, aus den Zinsen des belegten Geldes, die 369 285 Mk. betragen, der Hauptkassenbestand des Steinträgerverbandes im Betrage von 221 873 Mk. und einige hundert Mark sonstiger Einnahmen. Von den Ausgaben seien die Hauptposten genannt: für Rechtsschutz, Gemaßregelten-, Reise-, Kranken- und Stebegeldunterstützung insgesamt 1 082 297 Mk., für Streiks im Gewerbe 737 909 Mk., Agitation 281 452 Mk. (worunter vornehmlich die Kosten der 21 Bezirksbureaus mit 40 Angestellten zu verstehen sind). Den Zweigvereinen blieben für ihre Zwecke 1 559 696 Mk. Das Vermögen des Verbandes beträgt in der Hauptkasse 12 537 980 Mk. und in den Lokalkassen 2 731 575 Mk., insgesamt also 15 269 496 Mk. oder pro Mitglied 46,18 Mk.

Alles in allem genommen, bietet die äußere Entwicklung des Bauarbeiterverbandes ein Bild erfreulichen, gesunden Wachsens und Erstarkens und entspricht so durchaus der allgemeinen Entwicklung unsrer Gewerkschaften. Der Anschluß des Steinträgerverbandes hat den Gedanken der Einheitsorganisation seiner Verwirklichung um einen Schritt näher gebracht. Die entschlossene Inangriffnahme der Arbeitslosenunterstützung durch den Verbandsvorstand entspricht einem hochbedeutsamen Ausbau der inneren Einrichtungen. Weitere Beschlüsse des letzten Verbandstages werden in ihren Wirkungen gleichfalls zur Vervollkommnung der Gesamtorganisation beitragen, so daß auch für die Zukunft eine günstige Entwicklung zu erwarten ist.

Polizei und Gerichte.

§ Haussuchungen in Verbandsbureaus.

Einen merkwürdigen Eifer entwickelt die Amtsanwaltschaft beim Königl. Amtsgericht Marienberg auf Betreiben der Firma C. T. Pilz in Niederschmiedeberg i. Erzg. Herr Pilz fühlt sich durch ein Schreiben, welches Mitte Dezember 1912 an einige in der Pilzschen Papierfabrik beschäftigte Arbeiter von Dresden aus versandt sein soll, in seiner Ehre gekränkt. Fast ¼ Jahr hat man — um die Ehre des sonst gar nicht so empfindlichen Herrn Pilz wieder herstellen zu können — nach dem Absender der Schreiben gefahndet.

Am 5. April, vormittags um 10 Uhr, erschienen nun plötzlich in Dresden im Gaubureau des Verbandes 3 Kriminalbeamte und im Zahlstellenbureau 2 Beamte und ein Schreibmaschinenfräulein, um Beweismaterial in der Beleidigungssache des Herrn Pilz zu suchen. Mit echt preußisch-sächsischer Gründlichkeit wurden alle Akten sorgfältig nach einer Abschrift des inkriminierten Schreibens durchsucht. Da das betreffende Schriftstück nicht gefunden wurde, die anwesenden Gewerkschaftsbeamten den „Frevler" auch nicht zu nennen vermochten, so wurden andre Sachen zur Beweisführung mitgenommen. Papier, Kuverts und eine Probeschrift von den drei vorhandenen Schreibmaschinen, sowie zwei Stempel und Typenabdrücke. Der Eifer der Amtsanwaltschaft mag löblich sein, er fällt aber auf. Bemerken wollen wir noch, daß derselbe Herr Pilz, der sich hier beleidigt fühlt, um die Jahreswende 1912 auf eine Anzeige der Gauleitung unsres Verbandes vom Schöffengericht zu Wollenstein **wegen Beschäftigung von Schulkindern in seiner Holzschleiferei zu 20 Mk. Geldstrafe, und wegen gesetzwidriger Beschäftigung eines Jugendlichen in seiner Papierfabrik in Niederschmiedeberg vom Amtsgericht Marienberg zu — 5 Mk. Geldstrafe verurteilt werden mußte.** Es wird niemand behaupten können, daß die Gerichte das Attentat des Herrn Pilz auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen nicht sehr milde beurteilt hätten. Dazu steht der geschilderte Eifer der Amtsanwaltschaft in einer einfachen Beleidigungssache wohl kaum in einem richtigen Verhältnis.

§ Ungetreuer Kassierer.

Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern im Betrage von 193,45 Mk. wurde das frühere Mitglied J. Petersen vom Altonaer Landgericht zu 3 Wochen Gefängnis und in die Kosten verurteilt. P. war 1. Bevollmächtigter der Zahlstelle Oldesloe und außerdem auch Hilfskassierer. In dieser Eigenschaft hatte er im Jahre 1910 die eingesammelten Gelder für sich verbraucht, so daß obiges Defizit bei der Abrechnung vorhanden war. P. bezahlte von obiger Summe 66,45 Mk. ab, hielt es dann aber nicht mehr für notwendig, seinen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, obwohl er dazu wiederholt mündlich und schriftlich von den Verbandsinstanzen aufgefordert wurde. Es mußte deshalb Anzeige gegen ihn erstattet werden; außerdem wurde aber auch ein Zivilverfahren gegen P. eingeleitet. Nunmehr bezahlte P. den Restbetrag von 127 Mk. nebst entstandenen Unkosten an uns zurück und glaubte nun jedenfalls, von einer Strafe verschont zu bleiben. Aber hierin hatte er sich getäuscht. Ist auch das Urteil in anbetracht des Umstandes, daß P. das Geld auf Heller und Pfennig zurückbezahlt hat, hart zu nennen, so trägt doch P. allein die Schuld, daß er diese Strafe büßen muß. Konnte er, unter dem Zwange des Gerichts, auf einmal den gesamten Betrag von 127 Mk. zurückzahlen, hätte er auch pro Woche 2 Mk. abzahlen können.

Verbandsnachrichten.

An die Bevollmächtigten!

Die schon bestellten Fragebogen werden mit der Nr. 16 des „Proletariers" versandt. Die Bevollmächtigten sollen sie vom Zeitungsempfänger abholen. Mehrere Zahlstellen und Gauleitungen haben ihren Bedarf noch nicht angegeben. Wir ersuchen, das sofort nachzuholen.

Verbandskalender 1914.

Unsre Mitglieder erhalten mit dem nächstjährigen Kalender eine

Karte von Deutschland mit Gaueinteilung.

Jeder Gau hebt sich durch abweichende Farbe von den angrenzenden Gauen ab, so daß eine rasche Orientierung möglich ist. Die Karte enthält die Zahlstellen unsres Verbandes und alle wichtigen Bahnverbindungen. Besonders bezeichnet sind die Vororte der Gaue (Sitz des Gauleiters) und diejenigen Zahlstellen, in denen Reiseunterstützung ausbezahlt wird.

Da nun etwa Mitte Mai mit dem Druck der Karten begonnen wird, ist es notwendig, zu wissen, welche Anzahl ungefähr erforderlich ist. Die Zahlstellenleitungen wollen deshalb alsbald mitteilen, wie viele Exemplare von Kalendern sie abzusetzen gedenken.

Der Vorstand.

Agitationsmaterial.

Von der Agitationsnummer des „Proletariers" Nr. 14 sind noch einige Tausend vorrätig und können bei Bedarf noch abgefordert werden.

Unterstützungsauszahler.

Wenn sich der Kollege Paul Stelzner, Buch-Nr. 1435, meldet, dann ist ihm das Buch abzunehmen und zur Kontrolle an den Vorstand zu senden.

Vom 8. April an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Bitterfeld 2860,42. Fürth 800,81. Tangermünde 552,23. Eßlingen 344,37. Bielefeld 800,—. Sonneberg (S.-M.) 639,54. Stralsund 330,72. Forchheim 302,13. Auerbach 294,13. Osterode a. H. 280,—. Greiffenberg i. Schl. 267,03. Küppersteg 265,37. Plau i. M. 212,65. Peine 211,82. Pößneck 191,25. Wollenstein 177,30. Salzwedel 168,91. Detmold 162,13. Hainstadt a. M. 139,70. Oldenburg i. Gr. 125,74. Zöben i. S. 123,78. Geisenkirchen 108,46. Höhr-Grenzhausen 105,12. Freienwalde a. O. 87,87. Quedlinburg 84,50. Velgen 81,23. Borne 62,88. Querfurt 62,72. Jauer 61,05. Pyrmont 59,60. Greifenhagen 57,53. Erten 32,63. Lübbecke 32,56. Möllenbeck 30,39. Alzey 30,15. Ebstorf 28,16. Solingen 25,42. Chemnitz 20,—. Essen a. d. R. 17,02. Bramsche 9,24. Hasselfelde 2,38. Mügeln b. Dr. 7458,18. Mainz 4719,35. Höchst a. M. 3852,77. Delmenhorst 2134,17. Tilsit 800,—. Erfurt 621,68. Essen a. d. R. 800,—. Westerland 281,34. Marne 267,49. Heegermühle 266,77. Annaburg 258,53. Blankenburg a. H. 213,50. Oschatz 192,45. Kamenz 192,—. Malchow 158,88. Mühlberg a. E. 137,47. Ohrdruf 126,16. Treuenbrietzen 120,19. Aue i. Erzg. 100,—. Klötze 97,83. Krottendorf 97,48. Langensalza 89,01. Korbach 87,34. Gr.-Besten 77,40. Wehlau 76,37. Ohlau 69,75. Rötha i. S. 59,41. Rastenburg 55,87. Zörbig 54,02. Fürstenwalde 37,03. Halle a. d. S. 21,—. Altenburg (S.-A.) 9,—. Bunzlau 827,71. Singen 445,77. Gerabronn 195,01. Guben 172,48. Goslar 566,78. Rostock 538,11. Weißwasser (O.-L.) 440,02. Rendsburg 405,80. Lunzenau 379,74. Thale a. H. 369,25. Grevesmühlen 196,56. Badenhausen 174,58. Maudach 161,08. Boitzenburg a. d. E. 135,40. Fiddichow 96,19. Treptow a. d. R. 83,60. Weizen 78,96. Neustadt a. d. O. 68,68. Strehla a. d. E. 64,88. Driesen 59,06. Reichenau i. S. 58,72. Gr.-Rhüden 49,45. Breslau 41,55. Euskirchen 38,19. Stuttgart 35,—. Nortorf 25,50. Zell a. H. 24,04. Exin 11,49. Lübeck 3100,—. Flensburg 1428,54. Ludwigshafen 650,43. Karlsruhe 517,59. Ermsleben 292,73. Heidenheim 281,88. Stuttgart 42,40. Köln 2956,90. Eutin 580,10. Königslutter 471,89. Marktredwitz 457,78. Hönningen a. Rh. 222,44. Langelsheim 334,85. Lauenburg i. P. 208,25. Oberröslau 196,29. Bützow 167,71. Gronau 150,54. Bielefeld 139,33. Meiningen 89,80. Neumarkt (O.-Pfalz) 78,17. Stade 67,14. Offenbach 59,50. Kaiserslautern 49,24. Friedland (Bez. Br.) 38,46. W.-Eschenbach 27,—. Kassel 4,50. Kiel 2000,68. Heilbronn 1506,21. Brunsbüttelkoog 744,63. Straßburg i. Els. 500,—. Brieg 300,—. Rodach 214,25. Miesbach 693,01. Muskau 433,75. Jena 428,19. Plauen i. V. 418,41. Arnstadt 391,97. Ansbach 237,61. Glogau 201,01. Goldberg i. Schl. 168,26. Altlußheim 118,50. Hettstedt 42,10. Gößnitz 59,17. Regensburg 28,23. Meißen 4396,05. Bernburg 4340,31. Bremen 3601,48. Augsburg 1529,15. Schweinfurt 1294,96. Halle a. d. S. 1014,98. Hirschberg i. Schl. 1010,72. Stuttgart 800,—. Geesthacht 732,61. Breslau 700,—. Elbing 700,—. Straßburg i. E. 316,54. Mülheim a. d. R. 312,33. Koswig (Anh.) 252,29. Hameln 279,19. Kolbermoor 638,57. Weißenfels 427,57. Borby 326,99. Rauscha 310,28. Stadtoldendorf 235,60. Allstedt 208,06. Osnabrück II 198,53. Walsrode 177,85. Wurzbach 167,07. Parchim 157,70. Rothenburg o. d. T. 150,49. Weimar 136,05. Hennigsdorf 131,50. [illegible]schendorf 126,88. Waldsassen 122,42. Grabow 116,66. Bremerhaven 101,96. Altrip 95,97. Elsterwerda 95,62. Soltau 92,83. Grünberg i. Schl. 79,33. Triebes 64,33. Walsum a. Rh. 53,88. Bredstedt 41,92. Posen 19,50. Herford 14,80. O. —,70.

Schluß: Montag, den 14. April, nachmittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:
Gößnitz 1,95.

Die Abrechnung für das erste Quartal 1913 haben eingesandt:

Burgdorf, Waltershausen, Aken, Singen, Guben, Greiffenberg i. Schl., Bunzlau, Alzey, Möllenbeck, Erlangen, Peine, Jatznick, Salzwedel, Aschersleben, Malchow, Gronau, Rastenburg, Solingen, Forchheim, Uelzen, Querfurt, Greifenhagen, Höhr-Grenzhausen, Lübbecke, Sonneberg, Freienwalde, Stralsund, Hasselfelde, Auerbach i. V., Plau i. M., Detmold, Offenbach, Oldenburg, Bramsche, Augsburg, Ebstorf, Gelsenkirchen, Treuenbrietzen, Küppersteg, Pyrmont, Quedlinburg, Marne, Langensalza, Oschatz, Gerabronn, Korbach, Westerland, Heegermühle, Eisenberg S.-A., Wehlau, Weißwasser, Klötze, Heidingsfeld, Zörbig, Kamenz, Heidenheim, Annaburg, b. H., Weizen, Grevesmühlen, Borne, Glogau, Driesen, Lausigk, Rostock, Fiddichow, Jauer, Exin, Vernburg, Meißen, Kiel, Landsberg a. W., Breslau, Groß-Rhüden, Pries, Wismar, Maudach, Meiningen, Mühlberg a. E., Fürstenwalde, Treptow a. R., Wedel i. H., Rendsburg, Thale a. H., Lunzenau, Pößneck, Reichenau, Brunsbüttelkoog, Groitzsch, Nortorf, Kolditz, Erfurt, Kassel, Blankenburg, Windisch-Eschenbach, Eythra, Badenhausen, Euskirchen, Köthen, Köln, Ohrdruf, Königslutter, Friedland b. Br., Lauenburg i. P., Boizenburg, Marktredwitz, Lemgo, Dommitzsch, Langelsheim, Stade, Neumarkt i. O., Altlußheim, Hirschberg i. Sch., Bützow, Oberröslau, Hönningen, Zell a. H., Ansbach, Ermsleben, Exten, Brieg, Elmshorn, Beuthen, Kaiserslautern, Eutin, Plauen i. V., Triebes, München-Gladbach, Rötha, Miesbach, Rothenburg, Goslar, Hettstedt, Ohlau, Strehla a. E., Geesthacht, Wurzbach, Höchst, Stuttgart, Eilenburg, Braunschweig, Chemnitz, Stettin, Borby, Worms, Kolbermoor, Moschendorf, Soltau, Walsrode, Hennigsdorf, Waldsassen, Hameln, Liegnitz, Döbeln, Friedrichstadt, Posen, Parchim, Grabow i. M., Stadtoldendorf, Vietz, Straßburg, Zittau, Elsterwerda, Allstedt, Werder a. H., Wurzen, Osnabrück II, Walsum, Bredstedt, Lorch i. W., Wangen, Gößnitz, Speier, Mülheim, Redenfelden, Bremerhaven, Osterode a. H., Halle a. S., Tilsit.

Angeschlossen
an **Neumünster** ist die Zahlstelle **Nortorf.**

Ausgeschlossen
wurden die Mitglieder der Zahlstellen
Redenfelden. Joseph Leitner, Buch-Nr. 477 572.
Fiddichow. Wilhelm Bellung, Kart.-Nr. 260 041.
Rheinsberg. Hermann Brinkmann, Buch-Nr. 157 960.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
508762	Ludwig Beck	18. 10. 92	31. 10. 11	Darmstadt
483907	Julius Gilewski	14. 6. 76	15. 5. 11	Hannover
392027	Heinrich Iven	20. 6. 69	13. 11. 04	Köln
462[illegible]	Felix Musiol	17. 11. 79	20. 2. 11	Berlin
363[illegible]2	Katharina Peitsch	24. 10. 83	1. 5. 09	Nordenham
Karten-Nr.				
252429	Franz Christmann		18. 3. 12	Höhr-Grenzh.
265920	Georg Körner	28. 6. 95	29. 6. 12	Darmstadt
275511	Karl Weiß	2. 8. 90	2. 6. 12	Bremen
231907	Rudolf Dangel	19. 8. 76	1. 1. 12	Reutlingen
246790	Karl Witke	27. 5. 90	15. 5. 12	Pl. Grund
282112	Hermann Quilitzsch	25. 2. 93	17. 11. 12	Bitterfeld
259658	Paul Schmidt	4. 8. 78	28. 5. 12	Niedersachswf.
270050	Joh. Fahrenwald	11. 7. 89	15. 4. 12	Stettin

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Ermsleben. Hermann Münch, Lange Straße 15.
Goslar. Henry Stechert, Peterstraße 8.
Neusalz. Paul Dumke, Kirchhofstraße 5, 3. Et.
Neubrandenburg. C. Hillmann, 3. Rinastraße 11.
Osnabrück. Wilhelm Buchholz, Leischaftstraße 11.
Oranienburg. Albert Ernst, Gartenstraße 4, 1. Et.
Strelitz. Rudolf Prehm, Bauhof.
Sulzbach. Ernst Eucher, Friedrichstal, Elversberger Str. 27. Xaver Fritz, Sulzbach-Saar, Friedrichstraße 14.
Triebes. August Blau, Hauptstraße 20.

Zahlstelle Barth.

Unsre Mitglieder-Versammlungen finden jeden Sonntag vor dem 15. eines jeden Monats, abends 7½ Uhr, im Anlagen-Restaurant statt. [2,50 M] **Die Ortsverwaltung.**

Die Zahlstelle Wurzen und Umgegend

sucht zum alsbaldigen Antritt einen

tüchtigen Geschäftsführer.

Besoldung nach Gruppe 2. — Bewerber, die eine ähnliche Stellung bereits bekleiden, erhalten die Dienstjahre eventuell angerechnet. — Aus der Bewerbung muß das Alter, die Dauer der Verbandszugehörigkeit sowie die bisherige Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung hervorgehen.

Bewerbungen sind unter Beifügung einer schriftlichen Probearbeit über folgende Fragen:

1. Die Aufgaben eines Geschäftsführers in einer Zahlstelle von ca. 700 Mitgliedern.
2. Was muß ein Geschäftsführer von der Buch- und Kassenführung wissen?

bis zum 28. April an den Unterzeichneten einzusenden. [9,—]
J. A.: **Gustav Neuring**, Dresden-N., Weimarische Str. 15, I.

Beilage zum Proletarier

Nummer 16 — Hannover, 19. April 1913 — 22. Jahrgang

Chemische Industrie

Die notleidenden Kaliaktionäre.

Das Kaligesetz bestimmt, daß durch die Verteilungsstelle für die Kaliindustrie alljährlich der Gesamtabsatz an Kalisalzen für das In- und Ausland festgesetzt wird. Im Jahre 1912 belief sich der Absatz an Kalisalzen auf 10 092 369 Doppelzentner reines Kali. Für 1913 ist ein Absatz von 10 597 700 Doppelzentner reinem Kali in Aussicht genommen. Nach den einzelnen Salzsorten gruppiert, ergeben sich für 1913 folgende Bedarfsmengen:

	Inland	Ausland
	Doppelzentner reines Kali (K_2O)	
Carnallit mit mindestens 9 Prozent und weniger als 12 Prozent K_2O	72 100	700
Rohsalze mit 12—15 Prozent K_2O	3 088 100	1 350 200
Düngesalze mit 20—22 Prozent K_2O	22 300	346 100
Düngesalze mit 30—32 Prozent K_2O	34 000	172 800
Düngesalze mit 40—42 Prozent K_2O einschl. Kalidünger mit 38 Proz. K_2O	1 658 300	605 500
Chlorkalium	662 000	1 841 000
Schwefelsaures Kali	17 000	574 500
Schwefelsaure Kalimagnesia	1 900	151 200
	5 555 700	5 042 000
	10 597 700 Doppel-Ztr.	

Die Ausfuhr von Kalisalzen hat im Monat Februar 1913 eine erhebliche Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres erfahren. Es wurden ausgeführt im Februar

Konzentrierte Salze, darunter:

	1912	1913
Kali-Rohsalze	1 161 415 Dz.	1 693 983 Dz.
Chlorkalium	295 579 Dz.	375 410 Dz.
Kaliumsulfat	78 912 Dz.	157 750 Dz.
Bittersalz	99 177 Dz.	95 259 Dz.
Summa	1 635 083 Dz.	2 322 402 Dz.

Mit Ausnahme von Bittersalz weisen alle Posten eine recht ansehnliche Steigerung auf. Da Kalisalze bisher in ausgiebigen Mengen nur in Deutschland gefunden werden, so ist die fortgesetzt starke Steigerung der Ausfuhr von Kalisalzen nicht weiter verwunderlich.

Tagtäglich werden nunmehr die neuen Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres von den Aktiengesellschaften der Kaliwerke bekannt. So fand kürzlich die Generalversammlung der Aktionäre der Kaliwerke in Aschersleben statt, die entgegen den früheren Versammlungen ohne jede Debatte und jeden Sturm verlief. Es wurde beschlossen, von dem 2 766 101 Mk. betragenden Reingewinn 10 Proz. Dividende zu verteilen. Der Direktor Salomonsohn wies darauf hin, daß es dem Syndikat gelungen sei, den Absatz wesentlich zu steigern; jedoch gebe das Entstehen der zahlreichen Konkurrenzgeschäfte Anlaß zu ernster Besorgnis. Der Plan der Regierung, die Karenzzeit für Zulassung neuer Werke zu verlängern, müsse als unzureichende Maßnahme bezeichnet werden. — Die Halleschen Kaliwerke haben 1912 746 700 Mk. Rohgewinn gegen 350 800 Mk. im Jahre 1911 zu verzeichnen. Nach Deckung des Verlustes aus 1911 verbleibt ein Gewinn von 311 300 Mk. Davon werden 200 200 Mk. für Abschreibungen bestimmt und 86 600 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Eine Dividende kommt nicht zur Verteilung. Der Versand stieg von 23 400 auf 53 100 Doppelzentner reines Kali. Im Laufe des verflossenen Jahres wurde die Bromfabrik in Betrieb gesetzt. Die von der Gewerkschaft Saale geförderten Kalisalze werden in der Fabrik der Halleschen Kaliwerke mit verarbeitet. — Die Gewerkschaft Hansa-Silberberg in Empelde bei Hannover steigerte ihren Reingewinn von 734 259 Mk. auf 738 259 Mk. Zu dem letzten Jahresergebnis treten noch die aus den Rückstellungen des Vorjahres wieder zurückgeflossenen 91 726 Mk., so daß sich eine Summe von 829 986 Mk. ergibt, aus der 500 000 Mk. (im Vorjahre 425 000 Mk.) Ausbeute gezahlt werden. — Die Alkaliwerke Ronnenberg steigern ihre Dividende von 7 auf 8 Prozent. — Der Bruttoüberschuß der Gewerkschaft Güntershall zu Göttingen stieg von 1 024 293 Mk. auf 1 422 500 Mk. Der Gewinn beträgt 828 190 Mk. (im Vorjahre 808 268 Mk.). Es werden wieder 400 000 Mk. Ausbeute gezahlt. — Die Gewerkschaft Deutschland in Hannover erzielte 1912 einen Reinüberschuß von 544 081 (579 432) Mk. An Ausbeute werden, wie im Vorjahre, 400 000 Mk. verteilt. Der Bericht besagt, daß die Beteiligungsziffer von 10,6 auf 9,77 Promille gefallen ist. Diese Ziffer hat Gültigkeit bis 1916. Das Bestreben der Direktion geht dahin, durch weitere Aufschlüsse und Vergrößerung der Fabrikanlagen im Jahre 1917 eine höhere Beteiligungsziffer zu erlangen. Die dafür notwendigen Mittel sollen nicht auf dem Wege der Kreditentnahme, sondern durch Kürzung der zu zahlenden Beträge für Ausbeute aufgebracht werden. — Die Gewerkschaft Carlsfund in Magdeburg erzielte, wie bereits berichtet wurde, einen Reingewinn von 823 630 Mk. Die Abschreibungen betragen 280 048 Mk. An Ausbeute werden 550 000 Mark gegen 500 000 Mk. im Vorjahre gezahlt. Der Grubenvorstand und die Beamten erhalten 49 279 (47 435 i. V.) Mk. an Gratifikationen, die Arbeiter natürlich nichts. 221 832 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsgang ist im laufenden Jahre sehr lebhaft. — Die Gewerkschaft Roßleben hatte 1912 einen Rohgewinn von 1 537 909 Mk. zu verzeichnen. Nach Abzug von 326 700 Mk. Geschäftsunkosten und 585 461 Mk. Abschreibungen werden 600 000 Mk. Ausbeute verteilt. — Geradezu glänzende Ergebnisse weisen die Kaliwerke Salzdetfurth auf. Der Reingewinn stieg von 1 553 391 Mk. auf 2 036 840 Mk., trotz der um 430 000 Mk. höheren Abschreibungen im Jahre 1912. Von dem Reingewinn erhalten die „schwer arbeitenden" Aktionäre 1 680 000 (i. V. 1 260 000) Mk. als 24prozentige Dividende, während sie sich im Vorjahre mit „nur 18 Prozent" begnügen mußten. Der sorgenvolle Aufsichtsrat bekommt 155 097 Mk. (i. V. 110 827 Mk.) Tantieme, der Pensions- und Unterstützungsfonds bekommt wieder 60 000 Mk. einverleibt, während 99 525 (i. V. 76 224) Mark dem Reservefonds zufließen und 42 218 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Von dem Dividendenbetrage streicht der notleidende Fürst Henckel von Donnersmarck, der über 2000 Aktien besitzt, den Betrag von 50 000 Mk. schmunzelnd ein. — Die Kaliwerke Sarstedt berichten, daß für sie das abgelaufene Jahr kein Jahr der Entwicklung gewesen ist. Wegen einer beim Oberlandesgericht in Celle anhängig gemachten Klage über die Zulässigkeit des Verkaufs von Anteilen der Bergwerksgesellschaft „Glück auf" in Sarstedt wurde Zurückhaltung in der Neuinvestierung von Kapitalen geübt. Die Klage ist nun zurückgezogen. Inklusive des Vortrages aus 1911 sind 590 750 (i. V. 456 931) Mk. zur Verteilung verfügbar. Es wird vorgeschlagen, 32 180 (22 819) Mark dem Reservefonds zuzuführen, ein Rückstellungskonto mit 325 000 Mk. zu dotieren, 191 000 Mk. als vierprozentige Dividende zu verteilen und 42 569 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. — Die Gewerkschaft Kaiserroda in Tiefenort erzielte 1912 einen Reinüberschuß von 1 052 966 Mk. gegen 1 246 738 Mk. im Jahre 1911. Das erste Vierteljahr 1913 bringt voraussichtlich einen Mehrgewinn von 100 000 Mk. gegenüber der gleichen Zeit aus 1911. Wegen der unsicheren Lage wurde beschlossen, anstatt wie es 1912 geschah, 200 Mk. pro Kux zu verteilen, in Zukunft nur 150 Mk. zu zahlen. — Eine ganz beträchtliche Steigerung des Rohgewinnes erzielten die Konsolidierten Alkaliwerke in Westeregeln. Derselbe stieg von 3,17 auf 3,94 Millionen Mark. Davon gehen ab für Unkosten 335 596 Mk. und für Abschreibungen 1 020 000 (949 692) Mk. Aus dem dann verbleibenden Reingewinn von 2 585 524 (1 871 876) Mk. wird beantragt, der besonderen Rücklage 200 000 (100 000) Mk., dem Versorgungs- und Unterstützungsbestande 50 000 (30 000) Mk. zu überweisen und auf die Vorzugsaktien die Höchstdividende von 4½ Prozent (wie im Vorjahre) und auf die Stammaktien 13 Prozent (11 Prozent) Dividende zu verteilen. Die Tantiemen und Gratifikationen steigen von 185 103 Mk. auf 258 862 Mk. Zum Vortrag kommen 124 182 Mk.. Der Bericht vermerkt, daß im Jahre 1912 verschiedene Verbesserungen in den Fabriken durchgeführt wurden. Besonders habe sich das Verfahren der kontinuierlichen Kristallisation von Chlorkalium gut bewährt. Die Gesellschaft gehört dem sechs Werke umfassenden engeren Westeregelnkonzern an und ist an den Gewerkschaften Hadersleben, Roßleben, Orlas, Georg, Unstrut, Archibald, Thüringen und Salzdetfurth beteiligt. Diese gewinnbringenden Beteiligungen werden nachgerade von allen größeren Werken geübt, so daß die Behauptung, eine Clique von einigen Groß-Kapitalisten beherrscht auch in der Kali-Industrie die ganze Situation, das Richtige trifft.

Die bisher veröffentlichten Zahlen lassen erkennen, daß aus der Kali-Industrie ganz erhebliche Gewinne herausgezogen werden. Wenn die Kaliarbeiter auf ihrem Kongreß neben sonstigen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses eine Steigerung des Minimaldurchschnittslohnes um 10 Prozent verlangten, so ist diese Forderung sehr bescheiden. Anders jedoch denken die überfütterten Aktionäre, die niemals genug bekommen können. Kaum hat der Kongreß der Kaliarbeiter sein Ende erreicht, kaum sind die Forderungen des Kongresses der Oeffentlichkeit unterbreitet worden, da erscheint auch schon der Verein deutscher Kaliinteressenten auf dem Plan, um gegen die Forderungen der Arbeiterschaft zu protestieren. Eine Hauptversammlung des Vereins, die in Berlin am 26. März tagte und von 120 Werken beschickt war, beschloß:

„Die Mitgliederversammlung ist überzeugt, daß eine weitere gesetzliche Belastung der Kaliwerke durch Erschwerung in ihrer Tätigkeit oder durch Abgaben für die Kali-Industrie verhängnisvoll sein würde und eine Novelle zum Reichskaligesetz nur den Zweck verfolgen kann, die weitere Entstehung neuer Werke zu verhindern.

Man muß schon zwischen den Zeilen lesen, um herauszufinden, was die Versammlung eigentlich will. Sie wehrt sich gegen die Erschwerung der Tätigkeit und gegen weitere Abgaben, die sonst verhängnisvoll für die Kali-Industrie sein würden. Die Novelle soll nach ihrer Ansicht nur die Entstehung neuer Werke verhindern. Damit erklären die Kali-Industriellen zugleich, daß sie von Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und sonstigem Arbeitsschutz nichts wissen wollen. Mit welcher Kühnheit man hier die Wahrheit über die Rentabilität der Kali-Industrie verdreht, ist einfach unglaublich. Würden die Kaliarbeiter nur mit dem vierten Teil dieser Energie ihre Interessen verteidigen, so würde ihre Lage sich bedeutend besser gestalten.

B.

× Ein internationaler Pulverkönig.

Der „Vorwärts" schreibt: „In Köln ist dieser Tage der Geheime Kommerzienrat J. N. Heidemann unter großem Pomp beerdigt worden. Die Vertreter der höchsten Behörden nahmen daran teil, und Wilhelm II. sandte ein Beileidstelegramm; denn Joh. Nep. Heidemann war nicht irgendwer. Heidemann begann mit nichts und hinterließ viele Millionen, die er in der Pulver-, Dynamit- und Waffenindustrie erwarb. Er begann seine Laufbahn 1873 bei den „Vereinigten Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken", die 1890 mit den Hamburg-Rottweiler Pulverfabriken unter dem Namen „Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Köln und Berlin" verschmolzen wurden. Nachdem er dies große Unternehmen zunächst als Generaldirektor geleitet hatte, wurde Heidemann 1901 Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft. Das gleiche Amt hatte er bei vier weiteren ähnlichen Gesellschaften; insgesamt war er vierzehnfacher Aufsichtsrat, zumeist bei Pulver-, Dynamit- und verwandten Unternehmungen, aber nicht nur Deutschlands, sondern auch Englands und Rußlands. Die von ihm geleiteten Unternehmungen hatten ferner engste Beziehungen mit belgischen, französischen, italienischen und österreichisch-ungarischen Munitionsfabriken. Heidemann war also ein Internationaler.

Im Jahre 1889 kam unter Heidemanns Einfluß das Generalkartell der wichtigsten europäischen Pulver- und Dynamitfabriken zustande. An Rührigkeit ließ dieser Krösus, der von seinem zuständigen Pfarrer als braver Katholik gefeiert wurde, sich von niemand übertreffen. Der Konzern, dessen Seele Herr Heidemann war, schwimmt buchstäblich im Gelde. Beteiligt sind daran die „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlsruhe", die Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die Aktiengesellschaft Ludwig Löwe und die Dürener Metallwerke. Dieser Konzern verteilt 32 Prozent Dividende. Seine Aktien sind seit Anfang 1912 von 415 auf 570 Prozent gestiegen. Der Reichtum der Gesellschaft ist so gewaltig, daß sie ihren nach Millionen zählenden Besitz an Fabrikgebäuden usw. bis auf den Scheinbetrag von einer Mark (einhundert Pfennigen) abgeschrieben hat. Dazu kommen viele Millionen „stiller Reserven", die vor den Augen der Oeffentlichkeit verborgen werden. Und nun kommen die neuen kolossalen Heeresvermehrungen, die dem Heidemann-Konzern abermals Millionenprofite bringen werden. Die Mordinstrumentsfabrikation lohnt sich." Wenigstens für die Kapitalisten. Die Arbeiter werden in dieser Industrie ebensovielleicht noch ein wenig mehr, ausgebeutet, wie in jeder andern. Sie gewinnen im Leben keine Millionen und erhalten im Tode weder behördliche Teilnahme, noch königliche Beileidstelegramme.

× Wir haben vergebens gehofft und geharrt.

Eine böse Enttäuschung erlebten in der chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul die gelben Gesangvereinler. Bei der vorjährigen Lohnbewegung konnten sie nicht genug das gute Herz der Firma rühmen und nicht genug auf den bösen Verband schimpfen, der daran schuld sein sollte, daß die Lohnzulage verspätet erfolgte. In diesem Winter hat man sich schon damit gebrüstet, daß auch die Direktion in diesem Frühjahr eine freiwillige Zulage eintreten lassen werde. Außerdem gab man sich der trügerischen Hoffnung hin, daß für die Arbeiter etwas von dem fetten Reingewinn herausspringen sollte. Schon mancher hatte sich in der Hoffnung gewiegt, bei der Verteilung der Dividende einen fetten Happen zu erwischen. Arg getäuscht sind diese Lämmer von Unternehmergnaden worden. Die Firma verteilt zwar bei reichlichen Abschreibungen wieder 14 Prozent Dividende, eine Lohnzulage hat es nicht gegeben, auch der Dividendenregen für die Arbeiterschaft ist ausgeblieben. Wann endlich werden die dem gelben Gesangverein angehörenden, vom Unternehmertum genasführten Arbeiter einsehen, welches Spiel mit ihnen getrieben wird? Hoffentlich dämmert es bald! Oder ist die Rückgraterweichung bereits so weit vorgeschritten, daß es keine Rettung mehr gibt?

× Neunzehn Unglücksfälle in einem Vierteljahre, vier schwere in einer Woche!

Mit diesem Resultat hat die chemische Fabrik von Heyden in Weißig zweifellos einen Rekord aufgestellt, der hoffentlich sobald nicht übertroffen wird. Von den vier schweren Unfällen ereigneten sich zwei in der Indigoabteilung, wo sich die Kollegen mit Kalilauge verbrannten; von den Verletzten mußte einer dem Krankenhaus Meißen überwiesen werden. Ein Kollege vergiftete sich mit Wasserstoffgas und kam erst am andern Morgen wieder zum Bewußtsein. Der vierte Kollege verbrannte sich am Morgen des 22. März mit starker Schwefelsäure so schwer, daß er ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

In der Abteilung Schwefelsäure würde die Gewerbeinspektion ein sehr dankbares Feld für ihre Tätigkeit finden. Dort sind Gruben mangelhaft bedeckt, an Transmissionen keine Schutzvorrichtungen usw. Um die Abluft der Drucklessel abzuleiten, hat man Tonröhren zusammengesteckt, die bei starkem Druck herausgeworfen werden. Hier müßten Eisenrohre Verwendung finden. Der Fußboden ist uneben, so daß durch Hinfallen ebenfalls Unglücksfälle vorkommen können.

Wie lange, so fragen wir, will die Behörde noch zusehen, wie mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter in dieser Weise gespielt wird?

× Unfallliste.

Schwere Explosion in einer Sauerstoffabrik. Am 7. April, abends zwischen 6 und 7 Uhr, ereignete sich in der in Merlenbach gelegenen Sauerstoffabrik eine folgenschwere Explosion. Die Einwohner von Merlenbach hörten eine heftige Detonation; viele Fensterscheiben sprangen entzwei. Der Einwohner bemächtigte sich eine Panik, und alles stürzte auf die Straßen, da man an eine Grubenkatastrophe dachte. Bald jedoch stellte es sich heraus, daß die Sauerstoffabrik in die Luft geflogen war. Als man an die Unfallstätte kam, bildete diese einen wüsten Trümmerhaufen. Das Gebäude ist durch die Heftigkeit der Explosion vollständig zerstört worden. Dabei wurden ein Werkmeister und drei Arbeiter unter den einstürzenden Trümmermassen ver-

---

Die Chemie im Kampfe gegen den Nahrungsmangel.

Von Patentanwalt Dr. Quade-Berlin.*)

I.

Es ist anzunehmen, daß die Bevölkerung auf der Erde immer dichter wird. Solange aus rassenbiologischen, kapitalistischen, militaristischen oder auch ethischen Rücksichten die Einschränkung der Kinderzahl bei der großen Masse der Bevölkerung bekämpft wird, solange ihr die Kenntnisse über Befruchtung und ihre Verhütung vorenthalten werden, solange die Abtreibung von den Gesetzen als Verbrechen gebrandmarkt wird, wird auch die Bevölkerung zunehmen.

Und selbst, wenn in einer späteren Zukunft einmal die naturwissenschaftlichen Kenntnisse Allgemeingut der jetzt an der Spitze der Kultur marschierenden Völker geworden sind, wenn internationale und pazifistische Bestrebungen vorherrschen, und der Privatmann sich durch die Wünsche des Staates nicht mehr in seinem persönlichen Tun und Lassen beeinflussen läßt, wird doch die Gesamtbevölkerung wachsen.

Das wird einmal daran liegen, daß durch Seuchenbekämpfung und sonstige hygienische Maßnahmen sowie allgemein bessere Lebensverhältnisse die Sterblichkeit abnehmen wird, das andre Mal daran, daß bei der in so ungleichem Tempo fortschreitenden Kulturentwicklung der einzelnen Rassen besonders die Slawen und die Gelben sich noch stark vermehren werden, wenn Germanen und Romanen schon einen Stillstand oder Rückgang zu verzeichnen haben.

Das Problem der Ernährung solcher Menschenmengen wird also vorläufig an Aktualität nur zunehmen. Wie wird man einem Mangel an Nahrungsmitteln vorbeugen?

Die Nahrungsmittel müssen dazu dienen, Wärme und Arbeitskraft zu liefern und verbrauchte Körpersubstanz neu zu bilden. Die Genußmittel sollen nur durch angenehmen Geschmack, anregende Wirkung oder dergleichen die notwendige Aufnahme von Essen und Trinken zu einem Genusse machen. Ihre ernährende Wirkung —, man denke an Kaffee, Tee, Wein, Gewürze, Obst und die meisten Gemüse, — ist nur gering und wird erst bei der Zubereitung durch Zusätze wie Fett, Zucker und dergl. etwas vergrößert. Die Genußmittel interessieren also bei der Untersuchung der vorliegenden Frage nur indirekt. Die Bekämpfung des drohenden Mangels an Nahrungsmitteln hat sich vielmehr damit zu beschäftigen, wie die wichtigsten Nahrungsstoffe, d. h. Fette, Kohlehydrate (Zucker, Stärke) und Eiweiß in reichlicherem Maße zugängig gemacht werden können.

Am meisten läßt sich natürlich erreichen durch Mehrproduktion.

Diese kann erfolgen durch Vergrößerung der Kulturfläche, Trockenlegung von Mooren und Sümpfen, Rodung von Wäldern, Anbau geeigneter Pflanzen auf sonst ertraglosen Landstrichen, z. B. von Kakteen in wüstenartigen Gebieten, Buchweizen auf Torfboden sowie auch durch intensivere Ausnutzung des schon unter Kultur stehenden Bodens durch geeignete Düngung oder gründlichere Durcharbeitung.

Es ist ein Kapitel für sich, welcher ganz erstaunlichen Steigerung des Ertrages ein Boden, der schon unter Kultur gestanden hat und seiner Nährsalze beraubt ist, durch Zuführung künstlicher Düngemittel fähig ist. Ein Chemiker, Liebig, ist es gewesen, der hier zuerst die Wege gewiesen hat und so der Vater der großen Industrie der künstlichen Düngemittel geworden ist. Allein durch Zuführung fehlender Salze läßt sich auf vielen, noch nicht rationell bewirtschafteten Landflächen der Ertrag um ein Vielfaches steigern.

Auch die Produktion von Nahrungsstoffen tierischer Herkunft kann durch Vergrößerung von Viehzucht und Geflügelzucht überall, wo ausreichende Futtermengen billig zur Verfügung stehen, sehr gehoben werden.

Endlich vermag die künstliche Fischzucht in Flüssen und Landseen noch weit reichere Erträge zu liefern als gegenwärtig und das Meer noch weit größere Schätze herzugeben, als ihm bisher abgefordert wurden.

Durch künstliche Herstellung gewisser technischer Produkte, die sonst die Landwirtschaft lieferte, gelingt es weiter, große Gebiete, die unter Kultur stehen, wieder für Produktion von Nahrungsmitteln frei zu machen. Das bekannteste Beispiel ist der Indigo, der früher in Asien, besonders Bengalen, aus der Indigopflanze hergestellt wurde, heute aber mit dem künstlichen Produkt aus Teer nicht mehr konkurrieren kann. Man baut deswegen in den Produktionsländern an Stelle der Indigopflanze jetzt größtenteils wieder Weizen. In Europa teilte der Anbau des gleichfalls Indigo liefernden Waid das Schicksal seines asiatischen Vetters.

Die Krappfelder sind auf dem europäischen Kontinent verschwunden, seitdem das Alizarin aus dem Anthrazen des Steinkohlenteers dem Naturprodukt den Rang abgelaufen hat.

Eine Zeitlang schien es, als ob der künstliche Kampfer aus Terpentin den natürlichen verdrängen würde. Durch Sinken des natürlichen Kampfers, dagegen Steigen des künstlichen im Preise wurde das Eintreten dieses Falles verhindert. Immerhin wird ein erheblichen Teil des gesteigerten Kampferbedarfes durch das künstliche Produkt gedeckt.

In den letzten Jahren ist es gelungen, synthetisch Kautschuk zu gewinnen; vorläufig ist das natürliche Produkt noch weit billiger. So war es aber anfangs beim Indigo auch; es wäre nicht unmöglich, daß in einigen Jahrzehnten der synthetische Kautschuk das Plantagenprodukt verdrängt und in den Plantagen zum Anbau von Pflanzen, die Nahrungsstoffe, Fette, Zucker, Stärke usw. liefern, Platz schafft.

Die Seidengewinnung braucht gleichfalls bedeutende Kulturflächen zum Anbau der ziemlich anspruchsvollen Maulbeerbäume, deren Blätter dem Seidenspinner Nahrung liefern. Die Kunstseide aus Holzzellulose ist neuerdings ein starker Konkurrent der natürlichen geworden. Da Holz, besonders in gebirgigen Gegenden, das einzige rationelle Bodenprodukt bleiben wird, ist es immer relativ wohlfeil, und es ist stets zu begrüßen, wenn Produkte daraus an Stelle andrer technischer Rohprodukte, die wertvolleren Boden beanspruchen, treten können.

Weit größeren Vorteil hätte die Nahrungsmittelproduktion, würden aus Holz Stoffe zu gewinnen sein, die an Stelle der Baumwolle treten könnten. In Indien, Turkestan, Aegypten, besonders aber in den Vereinigten Staaten ist ein starker Prozentsatz der Landwirtschaft mit der Baumwollproduktion beschäftigt. Ab und zu tauchen Gerüchte auf, man hätte Gewänder aus Papier von vorzüglicher Brauchbarkeit hergestellt. Mit gröberen Gespinsten aus Hanf, Jute oder dergl. konnte die Faser aus Holzstoff tatsächlich schon in Konkurrenz treten; noch aber scheint die Möglichkeit zu fehlen, die bei der Verarbeitung des Holzes zerkleinerte Zellulose wieder in einen Faden von gleicher Elastizität und Haltbarkeit, wie er der natürlichen Baumwolle eigen ist, überzuführen.

In Schweden, einem der bedeutendsten Holzproduktionsländer, gewinnt man neuerdings in großem Maßstabe aus den Rückständen der Holzzellstoffindustrie Alkohol. Läßt sich dieser bisher wegen verunreinigender Nebenprodukte auch nur zu Brennzwecken benutzen, so dürfte es doch nicht schwer sein ihn durch Destillation so zu reinigen, daß er auch als Trinkbranntwein dienen kann und für andre industrielle Zwecke brauchbar wird. Ließe sich die Verarbeitung der Holzzellstoffaugen auf Alkohol in allen Industrieländern durch Umänderung der Steuerverhältnisse rationell gestalten, so lohnte es sich nicht mehr, in den Brennereien Kartoffeln und Kornfrüchte auf alkoholische Getränke zu verarbeiten. Diese wertvollen Stoffe könnten dann wieder ausschließlich zu Nahrungszwecken dienen; den Alkohol wird man nur cum grano salis als Nahrungsmittel bezeichnen dürfen.

---

*) Wir entnehmen diese Abhandlung mit Genehmigung des Verfassers der „Natur", Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Der Beitritt zu der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft steht jedermann offen. Für den Jahresbeitrag von 6 Mk. werden die Zeitschrift „Natur" sowie jährlich fünf reich illustrierte Bücher erster Autoren geliefert. Beitrittsmeldungen nimmt jede Buchhandlung sowie die Geschäftsstelle in Leipzig, Königstraße 3, entgegen.

schüttet und getötet; zwei weitere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

Tod im Schwefelsäureraum. Im Schwefelsäureraum der Höchster Farbwerke wurde am 31. März der Arbeiter Friedr. Weiß plötzlich bewußtlos. Er wurde in das Hospital gebracht, wo er nach 12 Uhr starb. Ob der Unfall durch Einatmung von Säuredunst entstanden ist, wurde bis jetzt noch nicht festgestellt, jedoch soll eine Untersuchung stattfinden.

Keramische Industrie

Achtung, Zieglerkollegen!

Bei der Abreise nach den Ziegeleien ist darauf zu achten, daß die erworbene Mitgliedschaft nicht wieder verloren geht. Zu diesem Zweck ist erforderlich, daß die Kollegen durch die Zahlstellenleitung ihre Mitgliedslegitimation in Ordnung bringen lassen, entweder durch Beitragsmarken oder Freimarken. (Einzelmitglieder wenden sich an den Hauptvorstand.) Liegt die **neue Arbeitsstelle** in bequemer Nähe einer Zahlstelle (siehe Adressenverzeichnis), so hat die Anmeldung per Postkarte dort zu erfolgen. Ist eine Zahlstelle nicht in der Nähe, so bleiben die Kollegen der Heimat-Zahlstelle angeschlossen und erhalten von dort ihre Zeitung und Beitragsmarken, letztere gegen monatliche oder sechswöchige Einsendung der Beiträge. Vom Hauptvorstand werden Zeitungen nur an Einzelmitglieder versandt. Wo die Zeitung nicht nach der Ziegelei gehen soll, kann sie an die Adresse eines Bekannten gesandt werden, von wo sie dann abzuholen ist. Auf alle Fälle ist vor der Abreise die Adresse bei der Zahlstellenleitung zu hinterlassen. Alle wichtigen Vorkommnisse auf den Ziegeleien sind an Chr. Berg, Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et., Mittelbau, mitzuteilen.

Die Agitationsleitung.

Streifzüge durch Schlesien.

II.

In Freiwaldau befinden sich zwei große Ziegelwerke. Es sind dies die Aktienziegelei „Sturm", deren Leitung dem Direktor Reinh. Sturm anvertraut ist, und dann das Dachziegelwerk von Siegbert Sturm. Die Lohnverhältnisse sind in beiden Betrieben jammervoll. Werden doch noch Stundenlöhne von zwanzig Pfennig für Arbeiter und zwölf Pfennig für Arbeiterinnen gezahlt. Der höchste Lohn beträgt 30 Pfennig pro Stunde. Daß dabei der Profit vorzüglich gedeiht, ist natürlich. So betrug der Reingewinn der „Aktien" im Jahre 1910 59463 Mark und im Jahre 1911 sogar 97134 Mark. Die geringen Lohngroschen werden den Arbeitern aber noch durch ein brutales Strafsystem bedeutend geschmälert, so daß sich die Arbeiter schon längst zu angehenden Hungerkünstlern ausgebildet haben.

Die beiden Firmen geben sich natürlich die größte Mühe, diese Hungerzustände zu verewigen. Als vor einiger Zeit die „Aktien" ihr 75jähriges Jubiläum feierte, ließ man auch den Pastor aufmarschieren, der die „verhetzten" Arbeiter auf den Pfad der Zufriedenheit zurückführen sollte. Der Pastor machte sich diese Aufgabe recht leicht. Nach dem „feierlichen" Harmoniumspiel stellte er in einer salbungsvollen Ansprache einfach fest, daß es den Freiwaldauer Arbeitern gut gehe, wobei er die Schornsteine der Ziegelwerke, die sich wie riesige Finger zum Himmel recken, als Zeugen anrief. Dieser „Arbeiter im Weinberge des Herrn", dessen Einkommen wahrscheinlich 3000 Mark jährlich übersteigt, dekretiert also einfach: Den Freiwaldauer Arbeitern, die da bei schwerer, mühevoller Arbeit einen Jahreslohn von höchstens 900 Mark erzielen, geht es gut, sie haben keine Ursache, unzufrieden zu sein. Hat der Pastor nun richtig geurteilt, so hat er damit die moralische Verpflichtung übernommen, auf das Gehalt, das das Einkommen der Arbeiter übersteigt, zu verzichten. Denn er hat ja eine viel leichtere Arbeit und kürzere Arbeitszeit als die Arbeiter, er braucht mithin nicht soviel zur Erhaltung seiner Arbeitskraft aufzuwenden als diese, und kann mit 900 Mark jährlich besser auskommen, als die Arbeiter. Er hat die Pflicht, das Bibelwort: „Du sollst nicht Schätze sammeln, die die Motten fressen" bei sich zu verwirklichen. Tut er das aber nicht, dann ist es nicht nur unerklärlich, sondern auch unerhört, daß er den Arbeitern zumutet, was er selbst nicht will und auch nicht kann.

Die Herren Sturm haben aber auch schon strengere Maßnahmen zur Bekämpfung der Unzufriedenheit ihrer Arbeiter angewandt. Herr Reinh. Sturm empfahl den Arbeitern gelegentlich der Jubiläumsfeier die „christliche" Organisation, die dem Geldsack und dem Unrecht weniger gefährlich ist. Und Herr Siegbert Sturm hat schon des öfteren den Austritt aus unsrer Organisation von seinen Arbeitern gefordert. Er hat sogar jugendlichen Arbeitern schon mit Prügel gedroht, wenn sie unsre Versammlungen besuchen. Was würden die Herren wohl sagen, wenn ihre Arbeiter von ihnen den Austritt aus dem Verbande der Tonindustriellen und den Eintritt in den katholischen Männerverein verlangten!

Einen Erfolg haben die Maßnahmen der Herrschaften bis heute aber noch nicht gezeitigt. Man sucht deshalb der Ausbreitung des Verbandes dadurch zu begegnen, daß sich die Betriebsbeamten in den Versammlungen einfinden. Auf diese Weise sollen die zaghaften Elemente der Versammlung und die Erschienenen dem Verbande ferngehalten werden. So war es auch jetzt wieder. Etwa 20 Beamte hatten sich in der gut besuchten Versammlung eingefunden, natürlich nicht, um zu lernen, sondern um den Zweck der Versammlung zu vereiteln. Der Aufforderung, das Versammlungslokal zu verlassen, leisteten diese Herrchen zunächst keinerlei Folge. Es bedurfte erst eines geharnischten Appells an Ehr- und Taktgefühl, bis sie sich dazu entschließen konnten. Bei dreien dieser Leute nützte aber aller Appell nicht, sie blieben unbeweglich sitzen, so daß sie selbst die Schuldigen waren, wenn sich die Versammlung zu einem Spießrutenlaufen für sie gestaltete. Auch in der Diskussion blieben sie trotz mehrfacher Aufforderung unbeweglich und stumm.

Am folgenden Tage rief Herr Reinh. Sturm sämtliche Arbeiter nach Arbeitsschluß zusammen, um das Referat, das er gar nicht gehört hatte, als unwahr hinzustellen. Der gute Mann betonte dabei, daß er nichts dagegen habe, wenn die Arbeiter nach den Versammlungen gingen, aber sie hätten die Pflicht, den „Hetzreden" energisch entgegenzutreten. Das ist starker Tabak, den nur die robuste Natur eines Ziegeleidirektors verträgt. Wenn den Beamten etwas Derartiges zugemutet wird, so ist das noch begreiflich; denn als willige „Untergebene ihres Herrn" haben sie dessen Geldsack zu verteidigen, auch wenn es ihnen schwer fällt. Aber den Arbeitern zu sagen, sie sollten gegen ihre eigene Ueberzeugung protestieren und damit ihre eigene Not verleugnen, das kann nur als eine Beleidigung der Arbeiter aufgefaßt werden. Kann Herr Sturm eine berechtigte Kritik der Mißstände seines Betriebes nicht vertragen, so mag er diese Mißstände beseitigen, indem er zunächst einmal eine Aufbesserung der Arbeitslöhne vornimmt.

Herr Sturm fühlte sich dann noch bemüßigt, einige Schreckschüsse abzufeuern, um die Arbeiter einzuschüchtern. Er meinte, wenn es mit der „Hetzerei" so weiter ginge, so müsse er einmal andre Saiten aufziehen. Ein Streik komme ihm ganz gelegen, denn der Hof stehe voll Ziegel. Die Arbeiter wissen aber, daß der gute Direktor nur Platzpatronen verknallte. Der Hof wäre nämlich bald leer, wenn die Arbeiter die so jammerhaft entlohnte Arbeit einmal ruhen ließen. Für die paar lumpigen Pfennig, mit denen man die Freiwaldauer Arbeiter abspeist, würden sich jedenfalls keine Galizier finden, und das weiß Herr Sturm auch. Der Herr hat mithin alle Ursache, etwas weniger stürmisch zu sein, damit sich nicht einmal ein Sturm der Arbeiter erhebt.

Eigenartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen auch in der Ziegelei von Spitze u. Edlich in Nimkau. Bei elfstündiger Arbeitszeit beträgt der tägliche Arbeitslohn im Sommer 2,40 Mk., der sich bei Akkordarbeit auf 2,70 bis 3 Mk. steigert. Im Winter wird bei achtstündiger Arbeitszeit im Lohn 1,80 Mk. und im Akkord 2,30 Mk. erzielt. Damit die Arbeiter bei diesen Löhnen im Sommer nicht ausrücken, schließt die Firma im Herbst nachfolgenden Vertrag mit ihnen ab:

„Die offene Handelsgesellschaft Spitze u. Edlich in Nimkau i. Schl. überläßt dem Arbeiter . . . . . in ihren an der Chaussee gelegenen Häusern eine Wohnung, bestehend aus: Stube, Kabinett nebst Boden, Keller, Stall und ein Stück Garten für den monatlichen — mit dem Lohne zu zahlenden — Mietsbetrag von drei Mark. Die Handelsgesellschaft verpflichtet sich, den Arbeiter in ihrer Ziegelei fortlaufend zu beschäftigen. Falls der Arbeiter Familienangehörige hat, welche arbeitsfähig sind, so gilt diese Verpflichtung nach Möglichkeit auch für diese Angehörigen während der Arbeitskampagne, das ist vom 1. April bis 15. Oktober, dagegen ohne Vorbehalt.

Dagegen verpflichtet sich der Arbeiter und seine arbeitsfähigen Angehörigen, nur bei der obigen Handelsgesellschaft zu arbeiten, und gilt dieser Vertrag die Arbeitskampagne durch, endet also mit dem 15. Oktober jeden Jahres. Falls nicht vier Wochen vorher von einer Seite aus eine Kündigung stattfindet, so läuft dieser Vertrag immer auf ein Jahr weiter.

Hoberg, Ziegelmeister."

Dieser Vertrag ist eine Zwangsjacke schlimmster Art. Es ist wieder eine Arbeitszeit noch der Arbeitslohn erwähnt. Die Firma kann also ganz nach Willkür schalten und walten; sie kann die Arbeitszeit nach Belieben verlängern, den Lohn kürzen, ohne daß sich der Arbeiter dagegen zu wehren vermag, er muß aushalten unter allen Umständen. Aber nicht nur der Arbeiter allein, sondern auch seine arbeitsfähigen Angehörigen, also Frau und Kinder, müssen ihre Kraft und Knochen um jeden Lohn der Firma zur Verfügung stellen. Die Firma dagegen übernimmt noch nicht einmal die Verpflichtung, diese Angehörigen ständig zu beschäftigen, sondern nur nach „Möglichkeit". Hat also die Firma für diese billigen Arbeitskräfte zeitweise keine Verwendung, so läßt man sie einfach aussetzen. Sie dürfen dann aber noch keineswegs anderwärts Arbeit annehmen, sie haben vielmehr zu warten, bis die Firma wieder ruft.

Zu allem Ueberfluß endet der Vertrag noch im Herbst. Wird der Vertrag von dem Arbeiter gekündigt, dann verliert er seine Winterarbeit, und das bedeutet für ihn Not und Sorge, sofern es ihm nicht gelingt, anderwärts unterzukommen. Sitzt der Arbeiter also erst einmal in dieser Falle fest, dann ist es ihm nur schwer möglich, wieder daraus zu entschlüpfen. Damit er aber leichter hineinkriecht, muß die billige „Wohnung" mit Stall und Garten als Speck dienen. Derart unwürdige Vertragsbedingungen kennzeichnen den Geist der heutigen Unternehmer zur Genüge. Der Organisation wird es auch hier vorbehalten bleiben, unter den Arbeitern Aufklärung zu schaffen, damit sie nicht so leicht in die von den Unternehmern gestellten Schlingen geraten.

= Ziegeleiarbeiterfreuden an der Haffküste.

Wer nicht für 15 oder 16 Groschen pro Tag in der Lehmgrube arbeiten will, der fliegt! Dieser Grundsatz wird hier von allen Ziegeleibesitzern in der Umgebung von Elbing vertreten. Besonders der Ziegeleibesitzer Dr. Schäfer (Reimannsfelde) scheint diesen „horrenden" Lohn als höchsten Lohnsatz zu betrachten. Mögen die Arbeiter sehen, wie sie damit auskommen. Wenn diese Jammerlöhne nicht zum Sattessen ausreichen, müssen die Arbeiter eben den Schmachtriemen noch enger schnallen, eine Lohnerhöhung gibt es nicht. Diese bittere Wahrheit mußten vor einigen Wochen wieder vier Arbeiter erfahren, die nun, da die Tage länger geworden und den Arbeitern in andern Betrieben einige Pfennige Lohn zugelegt worden waren, auch etwas mehr Lohn forderten.

Um ihren Forderungen etwas Nachdruck zu verleihen, blieben die Arbeiter nach der Frühstückspause in der Bude sitzen. Dieses Verbrechen gegen den Profit der Unternehmer mußten die Arbeiter mit der sofortigen Entlassung büßen. Damit wird wieder einmal bewiesen, daß auch die bescheidensten Forderungen von den schwerreichen Besitzern rundweg abgelehnt werden, wenn die Arbeiter nicht die Macht haben, sie durchzusetzen. Wollen sich die Arbeiter gegen diese Willkür schützen, so bleibt ihnen nur der Weg zur Organisation.

Durch die fortwährende Agitation sind in letzter Zeit erfreuliche Ansätze zur Organisation geschaffen. Das muß für jeden Ziegeleiarbeiter ein Ansporn sein, jetzt mit aller Kraft für den Verband zu werben, jeder einzelne muß zu einem Pionier für unsre gerechte Sache werden. Alsdann werden wir auch für die Kollegen der Haffküste bessere Zustände schaffen können. Die Ziegeleibesitzer haben es verstanden, die bisherige Interessenlosigkeit der Arbeiter gehörig auszunutzen. Obgleich in den letzten Jahren die Preise für Ziegelsteine gewaltig gestiegen sind, ist es für die Arbeiter kaum möglich, sich durchschlagen zu können. Wären die Kollegen, die früher schon Mitglied des Verbandes waren, demselben treu geblieben, so hätte sich der Fortschritt schon längst eingestellt. Jetzt ist es aber unsre Aufgabe, das Versäumte so schnell wie möglich nachzuholen, damit die goldene Ernte, die wir unter Einsetzung von Gesundheit und Kraft schaffen müssen, nicht von den Ziegeleiherren allein in die Scheune gebracht wird.

Papier-Industrie

+ Der Sieger von Gengenbach.

Der Unternehmerterrorismus hat in der Köhlerschen Pappenfabrik in Gengenbach gesiegt, wenigstens vorläufig. Nach der Versammlung am 30. März, in welcher der Zweck und das Wesen des gelben Köhlerschen Vereins beleuchtet wurde, warf dieser Unternehmer, der keine andern Freiheiten als die seinen kennt, vier weitere Arbeiter aufs Pflaster unter Vorauszahlung von 17 Tagen Lohn; darunter auch den Vorsitzenden der christlichen Organisation. Damit glaubte er einem „gegen den Stachel lecken" vorgebeugt zu haben und wieder ruhig schlafen zu können, nachdem es, wie Köhler selbst sagte, ihn manche schlaflose Nacht gekostet hat. Nun herrschte die Ruhe des Kirchhofs!? Noch nicht ganz! Am 6. April fanden zwei Versammlungen statt in Berghaupten und Gengenbach. Die beherzteren Arbeiter kamen und beschlossen als Antwort auf das vertragsbrüchige Verhalten der Firma, die Arbeit am 7. April nicht wieder aufzunehmen. Die in den Versammlungen Anwesenden rechneten damit, daß sich die Fehlenden unbedingt anschließen würden. Diese Annahme wurde noch bestärkt durch den Verlauf einer Protestversammlung, welche am Abend stattfand, die sich mit den Vorgängen bei Köhler beschäftigte und einen geradezu glänzenden Verlauf nahm. Doch es kam anders. Die jahrelange Unterdrückung der Arbeiter hat viele so abgestumpft, daß sie einen eigenen Willen gar nicht mehr haben. Diejenigen Arbeiter, die nachts um 12 Uhr und früh um 4 Uhr anfangen sollten, nahmen die Arbeit nicht auf. Als aber Köhler, vom Nachtwächter geweckt, um 4 Uhr von dem beabsichtigten Streik erfuhr, ließ er gleich alle Minen springen. Der Nachtwächter wurde voraus nach Berghaupten (ein 20 Minuten entfernter Ort) geschickt, wo die Getreuen vermutet wurden, die geweckt werden sollten. Er selbst benachrichtigte die Polizei, die sofort im Helm erschien. Dann ging Köhler in eigner Person, begleitet von seinem Sohn und einem Kontorangestellten, nach Berghaupten und ließ „seine" Leute auf einem Straßenplatz in der Mitte des Dorfes von seinen Begleitern und vom Nachtwächter zusammentreiben und hielt eine Ansprache an sie. (Der Herr Bezirksrat, Vorgesetzter der Polizei, hält eine unangemeldete Versammlung unter freiem Himmel früh um 5½ Uhr ab!) Der Beredsamkeit und den Versprechungen konnten die Arbeiter, die ihr ganzes Leben lang nur sklavischen Gehorsam unter allen Umständen kannten, natürlich nicht widerstehen, und sie ließen sich dann auch wie ein Transport Gefangene in die Fabrik führen. Es war ein Schauspiel für Götter, mitanzusehen, wie der Trupp der willenlosen Arbeiter dahinschlich. Voraus der dicke Meister Braun, von dem böse Menschen behaupten, er verdanke seinen gesunden Leib den „ruhigen" Nachtschichten, dann der Bureauangestellte Grimminger mit Köhler jun. und den Schluß machte Köhler selbst, damit keiner ausreißen konnte. So schlich der Zug in langsamem Tempo dahin, ein sprechendes Beispiel dafür, was sich diese Arbeiter alles noch bieten lassen. Es fehlte nur noch die Peitsche bei den Transporteuren. Den letzten Teil des Weges legten die „Helden vom badischen Nizza" unter polizeilichem Schutz zurück; in der Fabrik erhielt jeder 50 Pf. zu einem Frühstück. Hoffentlich werden den Rausreißern die fehlenden 29 Silberlinge noch nachbezahlt. Die Arbeiter sollen ja nun am Gewinn beteiligt sein und nicht mehr unter 5 Mk. pro Tag verdienen — sagte Herr Köhler dem Schreiber dieser Zeilen. Wie es mit der Behandlung der Arbeiter wird, vergaß er zu sagen und doch wäre auch dies ein wichtiger Punkt. Nachdem die Arbeiter von Berghaupten, trotz Beschluß, ins alte unverbesserte Joch zurückgekrochen waren, war auch die Aussicht auf Erfolg bei den übrigen Arbeitern geschwunden, so daß den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit am Mittag empfohlen werden mußte. Herr Köhler hatte gesiegt. Der um seinen Profit bangende Kapitalist, der in Einschüchterungsmitteln gar nicht wählerisch war, zeigte sich stärker als die energielosen, ausgebeuteten Arbeiter. Wieder zeigte sich der Fortschrittsmann Schwarz als treuer Helfer. Wie es ein solcher Mann mit seiner Parteistellung vereinbaren kann, daß den Arbeitern das gesetzliche Koalitionsrecht geraubt wird, ist unerfindlich. Dieser Herr gab am 27. Januar d. J. den beiden Organisationsvertretern das ganz bestimmte Versprechen, daß gegen die Organisation der Arbeiter nichts unternommen würde. Versprechen und Halten ist eben zweierlei. Aber trotzdem Fortschrittsmann! Wenn nun auch für dieses Mal die Herren Köhler u. Ko. triumphieren können, die Arbeiter werden bald einsehen, was es mit diesem Katze- und Mausspiel auf sich hat. Wenn es diesen Leuten Ernst wäre mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter, dann hätten sie schon längst Gelegenheit gehabt, die jetzt in Aussicht gestellten „Wohltaten" zu gewähren. Jetzt, nachdem die Arbeiter sich organisierten, sah plötzlich Köhler, daß in diesen und jenen Notfällen der Arbeiter etwas braucht. Jetzt werden plötzlich Gratifikationen bis zu 60jähriger — da gibts gar nichts zu lachen, im gelben Statut stehts! — bis zu 60jähriger Beschäftigungsdauer festgesetzt. Neu kommt hinzu, daß die Frauen der Arbeiter, wenn sie ins Wochenbett kommen, 10 Mk. erhalten, damit sie sich eine „gute Suppe kochen können," wie Köhler, großmütig, wie er nun einmal ist, sagte. Ob er oder die Arbeiter sich nichts dabei gedacht haben? Das besagt doch, daß die Löhne, die die Arbeiter verdienen, nicht ausreichen, um den Frauen in schweren Zeiten „gute Suppen" kochen zu können. Auch ein Radfahrerverein mit Köhler an der Spitze ist gegründet worden; die Fahne aus gelbem, wasserfestem Pappendeckel ist schon in Arbeit. So müssen eben der Arbeiterentrechtung und Versklavung alle Dinge zum besten dienen. Und doch wird die Zeit kommen, wo die unwissenden Arbeiter einsehen, daß sie sich den Metzger selber wählten. Aber auch Herr Köhler wird einmal einsehen lernen müssen, daß die freie Meinung und die Rechte der Arbeiter nicht ungestraft mit Füßen getreten werden können. Und auch die Oeffentlichkeit hat ein gewisses Interesse an den Vorgängen in diesem Betriebe. Seit Jahren wird die Bürgerschaft von Köhler dadurch geschröpft, daß er das elektrische Licht zu 60 Pf. pro Kilowattstunde an die Stadt lieferte, während jetzt von auswärts Angebote von 32 und 35 Pf. kommen. Die Papier- und Pappenfabrikanten von Gengenbach jammern über schlechte Verdienste, die sie gehabt und noch haben, und doch ersteht an den schönsten Plätzen des Städtchens eine Villa nach der andern, wo die Herren auf ihren Defizits ausruhen. Sand soll den Arbeitern in die Augen gestreut werden, weiter nichts, damit die Wirklichkeit nicht erkannt wird. Aber sie wird erkannt werden, und dann wird es sich Herr Köhler nicht mehr erlauben, die Arbeiter, die sich die Knochen bei ihm kaputt geschunden haben, mit Titulationen wie: „elender Invalid", „Lumpenseckel" und dergleichen zu belegen.

Aus all diesen Vorgängen werden aber die jüngeren Arbeiter die Lehre ziehen, daß sie einem solchen Betrieb auf die Dauer Valet sagen und sich anderwärts lohnendere Arbeit suchen. Jeder meide diese Arbeitsstätte, wo man den Arbeitern auf solche Art das Koalitionsrecht raubt.

Zieglerlos.

I.

Der Bahnhof in K. bietet heute einen ungewöhnlichen Anblick. Es wimmelt von Menschen auf dem Bahnsteige und in den Zugängen. Es ist ja auch [illegible], daß alt und jung in dem sonst so ruhigen Städtchen auf den Beinen ist; haben wir doch den 3. April, und ein Sonderzug soll heute wie alljährlich eine Armee Ziegeleiarbeiter von der Heimat fort in die verschiedenen Gaue Deutschlands führen.

Die notwendigsten Sachen in ein Bündel geschnürt, stehen sie hier dicht gedrängt und harren des Zuges. Alte Männer, denen der schwere Kampf ums Dasein schon seine Furchen ins Gesicht gegraben, jüngere, voll Jugendkraft und Gesundheit, und Kinder, kaum der Schule entwachsen, alle müssen sie fort in die Fremde. Fort von den Lieben, dem Verdienst nach, bis sie der Winter wieder zurückkehren heißt.

Werden auch alle, die hier Abschied nehmen, wiederkehren? Oder werden sie draußen in der Ferne bei dem schweren Kampf ums tägliche Brot ihr Leben oder doch die Gesundheit lassen müssen? Diese bange Frage kann man in den tränenden Augen der zurückbleibenden Frauen und Mütter lesen. Beim Abschied gibt es dramatische Szenen. Junge Frauen, die kaum die Flitterwochen hinter sich haben, hängen weinend am Halse ihrer Männer, untröstlich, daß die paar Tage Eheglück schon wieder vorbei sein sollen. Mütter, mit einer Schar Kinder um sich, müssen sich von dem Ernährer trennen. Junge Bräute nehmen traurig Abschied von ihren Verlobten. Wird „er" mir auch die Treue bewahren oder wird er mich bald vergessen haben? so lautet ihre stumme Frage. Jung und alt nimmt hier voneinander Abschied; aller Augen sind naß, denn die rauhe Wirklichkeit reißt liebende Herzen auseinander, brutal und rücksichtslos.

Zum erstenmal befand auch ich mich als 14jähriger unter den Abreisenden und mußte von der Mutter und den Geschwistern Abschied nehmen. Kaum konnte ich die Einfahrt des Zuges erwarten, und erleichtert atmete ich auf, als das Signal ertönte. Ich fand es unbegreiflich, daß alle so traurig waren, wo man doch in die Ferne zog, um dort viel Geld zu verdienen. Daheim gab es doch keinen Verdienst für uns. Weinend drückt mir die Mutter die Hand und legt mir noch ans Herz, doch recht sparsam zu sein. Ich tröste sie so gut es geht und gelobe, ihr recht bald etwas zu schicken. Den Geschwistern muß ich noch versprechen, etwas Schönes mitzubringen, wenn ich wiederkehre. Doch es ist Zeit zum Einsteigen. Ein letzter Wink, und fort geht es, fremden Städten und Gefilden entgegen.

Vor acht Tagen noch die Schulbank gedrückt und heute schon fort, um in weiter Ferne lohnenden Verdienst zu suchen, damit die Not daheim etwas gemildert wird. Bisher hatten wir ja in den dürftigsten Verhältnissen gelebt, denn der Vater war nun schon einige Jahre tot. Eine hereinbrechende Lehmwand hatte seinem Leben, das er zum größten Teile fern von der Heimat verbracht, ein Ende gemacht. Es gab kein Wiedersehen, und fern von der Heimat liegt er begraben.

Die Mutter saß abends, wenn sie müde von der schweren Arbeit auf dem Rittergute heimgekehrt war, manche Stunde still vor sich hinweinend beim Strickstrumpf. Die paar Pfennige, die sie verdiente, langten vorn und hinten nicht, und oft mußten wir abends hungrig ins Bett. Auch ich hatte in der schulfreien Zeit mitarbeiten müssen, und so hatten wir uns all die Jahre kümmerlich durchgeschlagen.

Aber nun sollte das anders werden, jetzt sollte alle Not ein Ende haben; denn nun würde ich ja in der Fremde viel Geld verdienen. In Gedanken malte ich mir die Freude der Mutter aus, wenn der Briefträger wieder einmal in ihre Stube kommen würde. Dies alles erfüllte mich mit einem gewissen Stolz, und ich gelobte mir, sehr sparsam zu sein, damit ich recht viel heimschicken könnte. Diese Gedanken zogen an mir vorüber, während wir uns schon eine ziemliche Strecke von der Heimat entfernt hatten. Die Klänge einer Ziehharmonika rissen mich in die Wirklichkeit zurück. Gar bald hatte ich die Heimat vergessen und summte nach dem Klange der Musik ein bekanntes Reiselied mit.

In der Eisenbahn herrschte eine drückende Luft, denn wie Heringe waren wir hier zusammengepfercht. Tabaksqualm und Fuselgeruch taten ein übriges. Da sich niemand um mich kümmerte, wandte ich mich dem Coupéfenster zu und beobachtete die Landschaften, die wir in reicher Abwechslung von Wald, Fluren, Dörfern und Städten durchquerten. Und so ging die Fahrt bis nach N., wo wir gegen 11 Uhr abends anlangten. Ein Teil meiner Reisegefährten war hier schon am Ziel, während wir hier übernachten mußten. Unser Bestimmungsort lag noch weit entfernt, und der nächste Zug ging erst am andern Morgen 5 Uhr.

Wir übernachteten im Wartesaal, unsre Gepäckstücke dienten als Ruhekissen. Ein Gasthaus aufzusuchen, dazu reichte unser Vermögen nicht. Wohl hatte der Kolonnenführer pro Mann 10 Mk. für Reise- und Zehrgeld vom Meister erhalten, aber außer der Fahrkarte, die 6,80 Mk. kostete, erhielt niemand etwas. Später erfuhr ich, daß die übrigen 3 Mk. dem Kolonnenführer für das Anwerben der Leute zufielen. Die ganze Summe wurde uns dann bei der ersten Lohnzahlung abgezogen, so daß wir auch die Vermittlergebühr zu tragen hatten.

Es war eine schlaflose Nacht, ohne Bett und ohne Abendessen. Langsam gingen die Stunden dahin, bis dann doch endlich der Portier zum Einsteigen nach L. rief. Alle reckten ihre müden Glieder und eilten zu dem bereitstehenden Zuge. Stumm ging es nun dem Ziel entgegen. Auf den Zwischenstationen stiegen überall Arbeiter ein, die, wie alltäglich, zur Arbeit nach A. fuhren. Diese mochten uns wohl für Ausländer halten. Ich verstand damals noch nichts von der Arbeiterbewegung, sonst hätte ich wohl deren fast feindselige Blicke und Aeußerungen von Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, schlechten Zeiten, Lohndrückern und dergleichen verstanden. Erst später kam mir dafür das richtige Verständnis.